

FINANZ BERICHT



Unsere Fotocollage zeigt eindrucksvoll, dass Saarbrücken und Lyon näher zusammenrücken.
Auch wir als deutsch-französische Bank sind nun seit 2023 in Lyon vertreten.

saar^{LB}
**DIE DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
BANK**

2023 FINANZBERICHT
JAHRESABSCHLUSS
NACH HGB

Landesbank Saar (SaarLB)

Ursulinenstraße 2

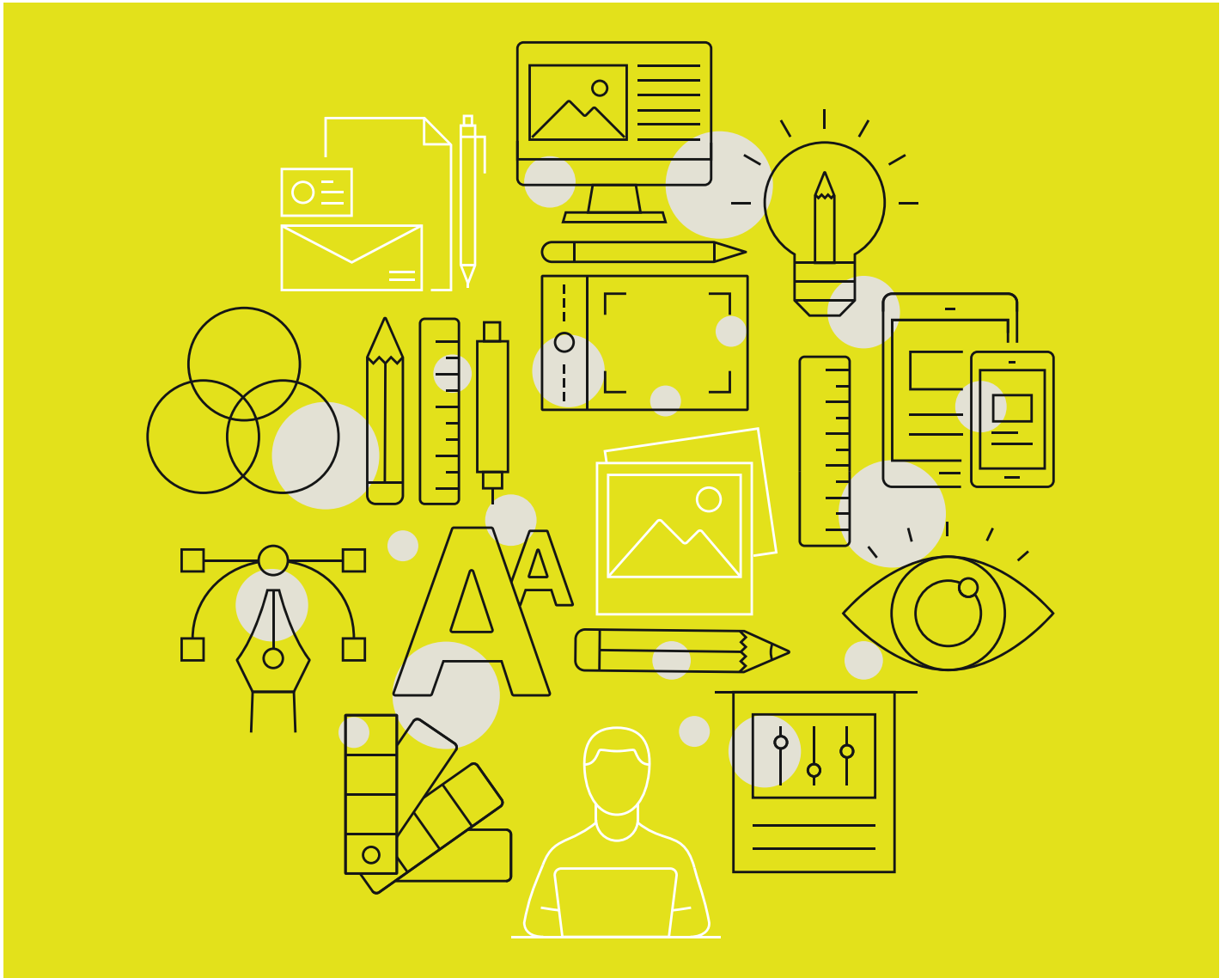
66111 Saarbrücken

HRA 8589 Saarbrücken

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	7
Übersicht	7
Die SaarLB	7
Steuerungssystem der Bank	10
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzsektor	11
Geschäftsverlauf	12
Neugeschäft	12
Ertragslage.....	13
Finanzlage	17
Offenlegung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts gemäß § 289b Abs. 3 HGB	22
Zusammenfassende Gesamtaussage	23
Risikobericht	23
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung.....	23
Kapitalmanagement	25
Adressenrisiko.....	31
Marktpreisrisiko	39
Liquiditätsrisiko	41
Operationelles Risiko	46
Zusammenfassung der Risikolage	48
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	48
Prognose- und Chancenbericht	51
JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	56
Bilanz zum 31.12.2023	56
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	62
EIGENKAPITALSPIEGEL	65
KAPITALFLUSSRECHNUNG	66
ANHANG	68
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	68
(1) Grundlagen	68
(2) Währungsumrechnung.....	68
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	68
Angaben zur Bilanz	73
(4) Aktiva	73
(5) Passiva	79
(6) Fristengliederung der Bilanzposten nach Restlaufzeiten	80
(7) Latente Steuern.....	81
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	82

Sonstige Angaben.....	83
(8) Gewinnverwendung.....	83
(9) Nachtragsbericht	83
(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind.....	84
(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten.....	85
(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften	85
(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen.....	87
(14) Zahl der Beschäftigten.....	87
(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	88
(16) Honorar für den Abschlussprüfer	88
(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen	89
(18) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte.....	89
(19) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft.....	89
(20) Anteilsbesitz.....	95
(21) Verwaltungsorgane der Saar LB.....	96
(22) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	98
(23) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien.....	99
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	100
ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS	101
ESEF-UNTERLAGEN DER SAARLB ZUM 31. DEZEMBER 2023	102
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	103
GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS	113
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	114



LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

ÜBERSICHT

DIE SAARLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Bank ist die SaarLB Zentralbank der Sparkassen und darüber hinaus Geschäfts-, Außenhandels-, Staats- sowie Kommunalbank. Die Bank kann gemäß ihrer Satzung Bankgeschäfte aller Art sowie sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen, im Rahmen ihrer Lizenz betreiben. Die SaarLB ist berechtigt, Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz sowie sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Weiterhin unterhält die Landesbank Saar eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse als rechtlich unselbstständige Einrichtung der Bank (LBS Saar). Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, was auch für Geschäfte mit Trägern gilt.

Die SaarLB hat sich als deutsch-französische Bank positioniert. Zur Untermauerung ihres deutsch-französischen Profils und zur Festigung ihres Netzwerkes in beiden Märkten hat die Bank eine digitale Plattform „Pôle Franco-Allemand“ als Intermediär für grenzüberschreitende Investitionen etabliert.

Der Zielmarkt der SaarLB umfasst Deutschland, Frankreich und Teile der Großregion. Für einzelne Geschäftsfelder gelten erweiterte Regelungen, die selektive Geschäfte mit Kunden in den Ländern Belgien, Niederlande und Schweiz ermöglichen. Ihre Regionalmärkte definiert die Bank wie folgt:

Regionalmarkt Deutschland:	Saarland, Rheinland-Pfalz und Teile der Großregion
Erweiterter Regionalmarkt Deutschland:	Regierungsbezirke Darmstadt, Karlsruhe, Freiburg, Köln (inkl. Stadt Bonn) und Düsseldorf
Regionalmarkt Frankreich:	Grand-Est, Auvergne-Rhône-Alpes
Erweiterter Regionalmarkt Frankreich:	angrenzende Regionen Hauts-de-France, Ile-de-France und Bourgogne-Franche-Comté

Gemäß ihrem strategischen Anspruch legt die Bank Priorität auf ihre Regionalmärkte. Zur Förderung der Vertriebsaktivitäten unterhält die SaarLB Vertriebsbüros in Mannheim, Trier und Koblenz sowie auf französischer Seite eine Niederlassung in Straßburg und Vertriebsbüros in Paris und Lyon. Die Frankreichaktivitäten werden unter der Marke „La Banque Franco-Allemande“ durchgeführt. Das Geschäftsmodell der SaarLB konzentriert sich vorrangig auf Produkte und Dienstleistungen des Kreditgeschäfts.

Inbesondere vor dem Hintergrund der aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich Kernkapitalquote und Liquiditätssteuerung hat die Bank ein Risk Weighted Assets-Management im Rahmen der risiko- und ertragsorientierten Gesamtportfoliosteuerung etabliert. In diesem Zusammenhang werden über das Syndizierungsgeschäft bereichsübergreifende Risiken aus Bestands- und/oder Neugeschäft ausplatziert.

Die SaarLB ist gemessen an der Bilanzsumme das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland.

Im September 2023 hat die SaarLB ihr neues Zukunftsprogramm „perspective2025“ gestartet und dient der Weiterentwicklung der Themen „Qualitätsorientiertes Wachstum“, „Prozessoptimierung & Digitalisierung“, „Nachhaltige Transformation“ und „Personalstrategie“. Das strategische Anspruchsniveau ist auf Ertragssteigerung und Plattformeffizienz, aber auch auf die strategische Positionierung der SaarLB fokussiert. Durch die Bündelung dieser Zukunftsthemen in einem Programm wird eine optimale Verzahnung sichergestellt, wodurch der angestrebte Wachstumspfad der SaarLB nachhaltig gestärkt werden soll.

Im Oktober 2023 nahm die S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG ihre operative Tätigkeit auf. Die SaarLB zählt zu den Gründungsgesellschaftern und war an der Entstehung der Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Im Rahmen der Gesellschaftsgründung sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der SaarLB zur S-International übergegangen.

Mit der S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG bündeln die SaarLB gemeinsam mit den regionalen Sparkassen und der Helaba die Kompetenzen im Auslandsgeschäft als auch im Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement. Die Gründungsgesellschafter vereinen ihre Expertise und Vertriebsstärke im internationalen Geschäft und stellen den Kunden aus dem Saarland, der Pfalz und der französischen Grenzregion ein nachhaltiges und gestärktes Produkt- und Dienstleistungsangebot zur Verfügung.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in die nachfolgenden Segmente untergliedert:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das deutsche und französische Mittelstandsgeschäft. In diesem Segment werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlagemanagements, sowie des Zahlungsverkehrs angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Mit Blick auf das Geschäft in Frankreich ist dem Segment Firmenkunden zudem die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen) sowie die Begleitung von Public Private Partnership (PPP)-Finanzierungen zugeordnet.

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von „Club Deals“ unter Federführung

der Bank oder als Beimischung auch Beteiligungen an Konsortialkrediten anderer Pfandbriefbanken. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits insbesondere in Büro-, Handels-, Logistik- und großflächige Wohn- und Gewerbeimmobilien investieren. Hierbei werden sowohl Bestandsimmobilien (Fokus) als auch projekt-hafte/ähnliche Finanzierungen begleitet.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE). Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die insbesondere in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut.

Kommunalkunden Deutschland

Innerhalb des Geschäftsbereichs Kommunalkunden Deutschland werden sowohl deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Bei kommunalnahen Unternehmen liegt der Fokus auf Unternehmen, die eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50% aufweisen. Der Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität sowie die bilaterale Finanzierung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur, teilweise unterstützt durch öffentliche Förderprogramme. Hinzu kommen die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Scheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB mit den regional ansässigen Sparkassen zusammen. Darüber hinaus begleitet die SaarLB als Dienstleister und Finanzierer PPP-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen.

LBS Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die LBS ist organisatorisch als rechtlich unselbstständige Einrichtung in die SaarLB eingegliedert. Sie hat einen eigenständigen Marktauftritt. Hauptgeschäftsgebiet sind das Saarland und Frankreich (insbesondere Île-de-France und Côte d'Azur). Die LBS ist gemeinsam mit den Beteiligungsgesellschaften als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „Rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. In Kooperation mit den saarländischen Sparkassen wird die Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen in den Bereichen Bestandsbetreuung und Interessentenbetreuung ausgeweitet. Im Kerngeschäft mit Privatkunden und in einem geringen Umfang mit gewerblichen Kunden stellen das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien (Kauf und Modernisierung/Sanierung) die zentralen Produkte dar. Für Modernisierungen/Sanierungen bietet die LBS die Möglichkeit der Vermittlung von KfW-Förderkrediten an.

Treasury & Syndizierung

Neben der Zuständigkeit für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank erfolgen in dem Segment das Deckungsstock- und Collateral-Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung. Weiter ist Treasury & Syndizierung zuständig für die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds) sowie für die Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB. Darüber hinaus sind hier auch das RWA-Management und Syndizierungsaktivitäten gebündelt. Im Fokus der Syndizierungsaktivitäten steht das Ausplatzen (Syndizieren) von mittel- und langfristigen Krediten oder Kredittranchen im Bestands- und/oder Neugeschäft der Bank mittels „Club Deals“ (mit einem oder mehreren Konsortialpartnern oder durch nachträgliche Syndizierung). Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Ausbau der Geschäftsbeziehungen und Kontakte zu Syndizierungspartnern wie Banken, Sparkassen und institutionellen Kunden.

STEUERUNGSSYSTEM DER BANK

Die strategische Unternehmenszielsetzung wird auf Gesamtbankebene durch die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren operationalisiert. Der Umfang und die Berechnungsmethodik der Steuerungskennzahlen hat sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Steuerungsgröße	Berechnungsmethodik
CET1-Quote	Harte Kernkapitalquote: Quotient aus dem aufsichtsrechtlichen harten Kernkapital (CET1) und den Gesamtrisikopositionen
Return on Equity (vor Steuern)	(Annualisiertes) Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen aufsichtlichen harten Kernkapital (CET1) des Berichtszeitraums
Operative Erträge	Die operativen Erträge sind definiert als die Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoertrag des Handelsbestands zzgl. der Differenz aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen
Cost-Income-Ratio (CIR)	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (inkl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) im Verhältnis zur Summe der operativen Erträge
Ergebnis vor Steuern	Ergebnis vor Steuern (Summe aus Jahresüberschuss, Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstiger Steuern)

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt 2023 preisbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken (2022: +1,8 %). Die Folgen der globalen Krisen belasten die deutsche Wirtschaft. Die nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen und ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen dämpfen die Konjunktur. Aufgrund des hohen Preisniveaus sanken die privaten Konsumausgaben um 0,8 % (2022: +3,9 %). Die Konsumausgaben des Staates waren in 2023 vor allem durch den Wegfall staatlich finanzierter Corona-Maßnahmen ebenfalls mit 1,7 % rückläufig (2022: Anstieg 1,6 %). Die Exporte bzw. Importe sind preisbereinigt um 1,8 % bzw. 3,0 % gesunken (2022: Anstieg 3,3 % bzw. 6,6 %). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Positive Impulse kamen beispielsweise aus dem Dienstleistungsbereich und der Automobilindustrie. In der energieintensiven Chemie- und Metallbranche sank die Produktion und Wertschöpfung hingegen. Im Bausektor machten sich die weiterhin hohen Baukosten und verschlechterte Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Gemäß Statistischem Bundesamt liegt die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2023 bei 5,9 % und somit weiterhin auf hohem Niveau, jedoch unterhalb der Rekordinflationsrate von 6,9 % aus dem Vorjahr. Die Teuerungsraten im Jahresverlauf 2023 waren insbesondere durch die Preisanstiege für Nahrungsmittel getrieben.

Laut Dezember-Umfrage 2023 der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes wird die Stimmung in der Saarwirtschaft durch das schwache gesamtwirtschaftliche Umfeld, hohe

Kostenbelastungen und steigende Unsicherheiten negativ beeinflusst. Der IHK-Lageindikator, der die aktuelle Geschäftslage der Saarwirtschaft darstellt, liegt im Dezember 2023 bei 17,5 Zählern und somit unter dem Dezemberwert des Vorjahres (22,6 Zähler), der durch die Unsicherheiten der Energiekrise beeinflusst wurde. Diese Entwicklung ist insbesondere auf schwächere Lageeinschätzungen im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Frankreich

Frankreichs Wirtschaft zeigte sich trotz der globalen Krisen robust. Nach einer starken ersten Jahreshälfte 2023 blieb das Bruttoinlandsprodukt im dritten und vierten Quartal laut Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE) unverändert. Insgesamt erreichte Frankreich 2023 somit ein reales Wachstum von 0,9 % (2022: 2,5 %). Die Stimmung war bei den Unternehmen zum Jahresende zurückhaltend. Für Verunsicherung unter den Unternehmen sorgten vor allem die angespannte globale Sicherheitslage bedingt durch Kriege, die nach wie vor hohen Energiekosten sowie die international schwache Nachfrage. Laut INSEE fiel der Geschäftsklimaindex im November 2023 auf 97 Punkte, was den tiefsten Stand seit April 2021 bedeutete. Zum Jahresende besserte er sich noch leicht auf 98 Punkte. Die Inflation Frankreichs zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Während sie 2022 rund 5,9 % betrug, hat sie sich nach Angaben der Europäischen Kommission im Jahr 2023 auf 5,7 % belaufen.

Aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten sowie der insgesamt unsicheren Konjunktur war die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Frankreich rückläufig, insbesondere in den Bereichen Maschinen, Kfz und Baumaßnahmen. Stärker investiert wird hingegen laut Germany Trade & Invest (GTAI) in Energieeffizienz, autonome Energieversorgung sowie Dekarbonisierung in der Produktion. Auf der Seite der Verbraucher stagnierte der Konsum 2023. Aufgrund der Zinswende waren Verbraucher bei der Tötigung größerer Investitionen sehr zurückhaltend, was im dritten Quartal zu einem historisch hohem Sparüberhang von 17,4 % der verfügbaren Bruttoeinkommen führte. Die Banque de France stellte für 2023 einen starken Rückgang der privaten Investitionen um 3,6 % fest und prognostiziert für 2024 einen weiteren Rückgang um 4,1 %.

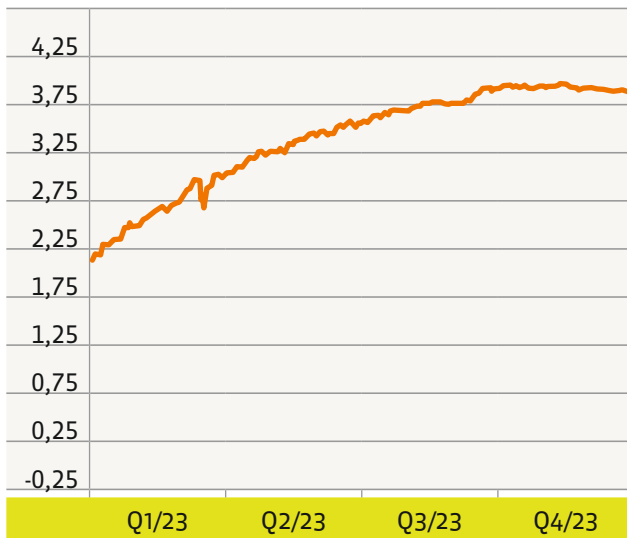
FINANZSEKTOR

Der Geld- und Kapitalmarkt war im Berichtszeitraum weiterhin vom Handeln der Europäischen Zentralbank geprägt, deren Ziel in der Geldpolitik die Sicherstellung der Preisstabilität in der Eurozone ist. Infolge der hohen Inflationsrate hat die Europäische Zentralbank in mehreren Zinsschritten die Leitzinsen angehoben. Zum 31. Dezember 2023 gelten die folgenden von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Leitzinsen:

- Einlagesatz: 4,00 %
- Hauptrefinanzierungssatz: 4,50 %
- Spitzenrefinanzierungssatz: 4,75 %

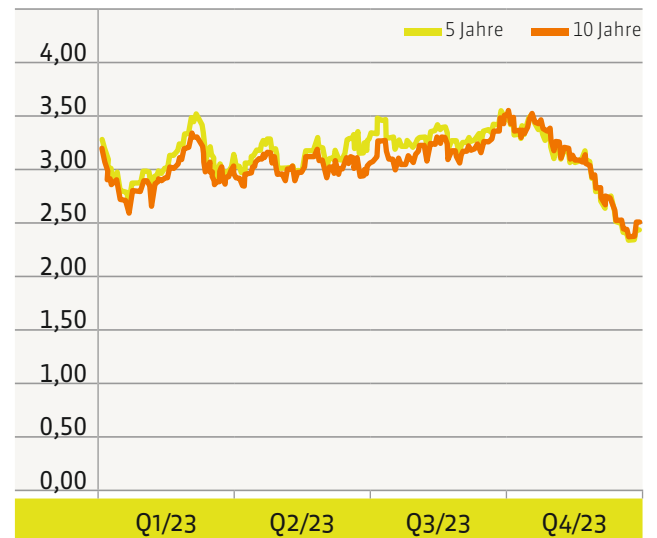
Der 3-Monats-Euribor ist im Berichtszeitraum gestiegen und lag am Jahresende 2023 bei 3,909 % (31. Dezember 2022: 2,132 %). Die Schlusskurse des 5-Jahres-Zinssatzes bzw. 10-Jahres-Zinssatzes lagen zum Jahresende 2023 bei 2,433 % bzw. 2,493 % (31. Dezember 2022: 3,234 % bzw. 3,198 %).

3-Monats-Euribor Q1/23 – Q4/23 in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Swap-Sätze Q1/23 – Q4/23 in %



Quelle: Finanz Informatik

Der Schlusskurs des deutschen Leitindex DAX zum Jahresende 2023 lag bei 16.751 Punkten, was einem Anstieg von 20 % gegenüber dem Jahresende 2022 entspricht. Erstmals in seiner Geschichte hat der DAX im Jahresverlauf 2023 die Marke von 17.000 Punkten überschritten. Der Anstieg wurde insbesondere durch die Hoffnung auf baldige Zinssenkungen getrieben. Insgesamt steht die DAX-Entwicklung in Kontrast zur schwachen Wirtschaftslage in Deutschland, die durch den Russland-Ukraine-Krieg und die Rekordinflation belastet wurde.

GESCHÄFTSVERLAUF

Neugeschäft

Das Kredit-Neugeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 war aufgrund der wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen erwartungsgemäß zurückhaltender und konnte das Niveau des Vorjahres nicht erreichen.

Mit Valutierungen in Höhe von EUR 2.225 Mio. – ohne LBS – sank das Kredit-Neugeschäft der Bank im Jahr 2023 um 18,3 % sehr deutlich und lag somit um EUR 499 Mio. unter dem Vorjahresvergleichswert (EUR 2.724 Mio.), jedoch über unseren ursprünglichen Erwartungen.

Das Neugeschäftsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr 2023 wie folgt:

In Deutschland (EUR 1.602 Mio.) wurde das Neugeschäft – ohne LBS – zu 41,1 % im Segment Kommunen (Vorjahr: 30,7 %) valuiert. Weitere 35,6 % des Neugeschäftsvolumens entfielen auf das Segment Immobilien (Vorjahr: 33,8 %) und 15,3 % auf das Segment Firmenkunden (Vorjahr: 23,6 %). Die übrigen 8,0 % wurden im Segment Projektfinanzierungen valuiert (Vorjahr: 11,3 %).

In Frankreich (EUR 622 Mio.) verteilte sich das Neugeschäft – ohne LBS – zu 60,7 % auf das Segment Firmenkunden (Vorjahr: 50,4 %) und zu 24,1 % auf das Segment Projektfinanzierungen (Vorjahr: 32,4 %). Die verbleibenden 15,2 % wurden im Bereich der Immobilienfinanzierung valuiert (Vorjahr: 17,2 %).

Die Margen des Kundenkreditportfolios der Bank sind im Vergleich zum Vorjahreswert aufgrund leicht geringerer Margen im Neugeschäft und einem höheren Anteil an Geschäft mit kommunalem Hintergrund geringfügig gesunken.

Die Kredit-Neuvaluierungen der LBS lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei EUR 162 Mio. (Vorjahr EUR 145 Mio.).

Die Forderungen an Kunden (EUR 14.018 Mio.) sind nach Berücksichtigung von Tilgungen um EUR 705 Mio. gestiegen.

Neben der Entwicklung im Kreditgeschäft wirkte sich ein hoher Zufluss an Einlagen am Geldmarkt von Kunden aus (EUR +1.017 Mio.) aus, die vor allem zur kurzfristigen Refinanzierung des Neugeschäfts im Kreditgeschäft genutzt wurden.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab (vgl. Abschnitt Finanzsektor). Der Bonitätsaufschlag ist moderat gestiegen und war marktweit zu beobachten (weitere Ausführungen zur Finanzlage vgl. Abschnitt Finanzlage).

Ertragslage

Die letztjährige Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank stellte bereits dar, dass für das Geschäftsjahr 2023 mit einem geringeren Neugeschäft gerechnet wurde. Belastend wirkten dabei die erwarteten Erhöhungen der Zinssätze durch die EZB zur Eindämmung der Inflation sowie die dadurch verringerte Investitionsbereitschaft. Die dadurch geringer als erwarteten Konditionenbeiträge aus Kundenkreditgeschäft konnten durch gestiegene Konditionenbeiträge aus Kundeneinlagen jedoch mehr als kompensiert werden.

Die **operativen Erträge** der SaarLB haben sich von EUR 153,5 Mio. im Vorjahr auf EUR 168,0 Mio. spürbar erhöht und lagen somit, insbesondere aufgrund eines verbesserten Zinsergebnisses sowie einem verbesserten sonstigen betrieblichen Ergebnis wesentlich über unseren Erwartungen.

Der **Verwaltungsaufwand** lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 mit EUR 88,2 Mio. um EUR 1,0 Mio. unter dem Vorjahr (EUR 89,2 Mio.) und damit von der Höhe sogar leicht besser als erwartet.

Das **Ergebnis vor Steuern** lag mit EUR 56,9 Mio. insbesondere durch die gestiegenen operativen Erträge bei nahezu stabilen Verwaltungsaufwendungen sehr deutlich über dem entsprechenden Vorjahreswert (EUR 47,1 Mio.) und erheblich besser als im Rahmen der letztjährigen Prognose erwartet.

Die **harte Kernkapitalquote** (CET1-Quote) ist mit 14,0 % gegenüber dem Vorjahr (13,4 %) deutlich gestiegen und übertrifft damit erheblich die Erwartung der letztjährigen Prognose. In der Prognose war die Bank noch von einer deutlichen rezessionsbedingten Steigerung der Risk

Weighted Assets (RWA) ausgegangen, die so nicht eingetreten ist. Aufgrund besser als erwarteter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, einem höheren Anteil an risikoarmen Neugeschäft und aufgrund von gezielten Maßnahmen zur RWA-Optimierung konnten die Risk Weighted Asset als wesentlicher Treiber der CET1-Quote gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.

Die **Cost-Income-Ratio** (CIR) ist im Berichtszeitraum mit 52,5 % durch die leicht reduzierten Verwaltungsaufwendungen sowie insbesondere durch die erhöhten operativen Erträge – insbesondere durch einen erheblich verbesserten Zinsüberschuss – sowohl gegenüber der Prognose des Vorjahres als auch gegenüber dem Vorjahr (58,2 %) sehr deutlich besser.

Der **Return on Equity** (RoE) beträgt 7,2 % (Vorjahr: 6,1 %) und liegt aufgrund des verbesserten Vorsteuerergebnisses ebenfalls sehr deutlich über unserer letztjährigen Erwartung für das Geschäftsjahr 2023.

Das Ergebnis zum 31. Dezember 2023 setzte sich wie in folgender Abbildung dargestellt, zusammen:

in EUR Mio.		31.12.2023	31.12.2022	Δ EUR Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	156,3	143,1	13,2	9,2%
Provisionsüberschuss	[2]	8,2	9,1	-0,9	-9,9%
Ergebnis des Handelsbestandes	[3]	0,4	0,3	0,1	33,3%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[4]	3,0	1,0	2,0	200,0%
operative Erträge	[5]	168,0	153,5	14,5	9,4%
Verwaltungsaufwand	[6]	88,2	89,2	1,0	1,1%
Bewertungsergebnis*	[7]	-22,6	-16,8	-5,7	-34,5%
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	57,2	47,4	9,8	20,7%
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0%
Ergebnis vor Steuern	[10]	56,9	47,1	9,8	20,8%
Steuern	[11]	24,8	15,0	-9,8	-65,3%
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	[12]	32,0	32,1	-0,1	-0,3%
Ø hartes Kernkapital	[13]	794,0	774,4	19,6	2,5%
Risikopositionen (Stichtag)	[14]	5.740,1	5.890,2	-150,2	-2,5%
CET1	[15]	801,7	786,3	15,4	2,0%
in %		31.12.2023	31.12.2022	Δ %-Punkte	
RoE (([10])/[13])	[16]	7,2	6,1	1,1	
CIR ([6])/([5])	[17]	52,5	58,2	-5,6	
CET1-Quote ([15])/([14])	[18]	14,0	13,4	0,6	

Hinweis: Rundungsdifferenzen werden vernachlässigt

* betrifft RechKredV-Posten 13, 14, 15, 16

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2023 – trotz des Wegfalls des im Vorjahr noch enthaltenen Zinsertrages in Höhe von EUR 3,3 Mio. durch die Teilnahme am längerfristigen Refinanzierungsprogramm der EZB („TLTRO III“) – gegenüber dem Vorjahr um EUR 13,2 Mio. bzw. um 9,2 % von EUR 143,1 Mio. auf EUR 156,3 Mio. gestiegen.

Aufgrund der im Berichtsjahr weiter gestiegenen Zinsen war sowohl ein Anstieg bei den Zinserträgen um EUR 231,2 Mio. auf EUR 495,1 Mio. als auch bei den Zinsaufwendungen um EUR 215,5 Mio. auf EUR 344,1 Mio. zu verzeichnen. Der Zinsertrag aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ist dabei um EUR 224,4 Mio. auf EUR 483,4 Mio., der Zinsertrag aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen um EUR 6,8 Mio. auf EUR 11,7 Mio. gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR 217,9 Mio. um EUR 136,1 Mio., die Zinsaufwendungen aus verbrieften Verbindlichkeiten mit EUR 61,3 Mio. um EUR 26,6 Mio. erhöht.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 5,7 Mio. hat sich aufgrund von Neuaufnahmen gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,1 Mio. erhöht.

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren – primär Ausschüttungen aus Fonds – sind im Geschäftsjahr 2023 im Wesentlichen durch den Verkauf des Spezialfonds der LBS im letzten Jahr sowie geringeren Ausschüttungen bei den Fonds der Bank im Jahr 2023 mit EUR 4,8 Mio. um EUR 1,4 Mio. unter dem Vergleichswert des Vorjahres (EUR 6,2 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen und Swapauflösungen) erreichten 2023 einen Saldo in Höhe von EUR 4,4 Mio. (Vorjahr: EUR 1,0 Mio.).

Der **Zinsüberschuss** im Jahr 2023 verteilt sich im Wesentlichen auf die Segmente Projektfinanzierungen mit rd. 27 %, Firmenkunden mit rd. 27 % (davon Deutschland rd. 16 % sowie Frankreich mit rd. 11 %) und Immobilien mit rd. 18 %. Die LBS zeichnete sich für 14 % des Zinsüberschusses verantwortlich. Die restlichen Anteile lagen im Bereich der Kommunkunden (ca. 13 %) bzw. in den Nicht-Kundensegmenten wie Treasury (ca. 1 %) oder dem Overhead.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit EUR 8,2 Mio. um EUR 0,9 Mio. unter dem Vorjahresniveau (EUR 9,1 Mio.). Die Entwicklung des Provisionsüberschusses ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch einen gesunkenen Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft (EUR 9,8 Mio. ggü. EUR 10,8 Mio. im Vorjahr), welcher insbesondere durch höhere Aufwendungen für die Vermittlung von Derivaten (EUR -1,2 Mio.; Vorjahr EUR -0,3 Mio.) beeinflusst war.

In der Segmentsicht konnte ein Großteil des Provisionsüberschusses im Jahr 2023 in den Bereichen Projektfinanzierungen sowie Firmenkunden Deutschland zugerechnet werden. Das Provisionsergebnis der LBS (EUR -2,5 Mio.) ist überwiegend durch Provisionsaufwendungen für Vermittlungsgeschäft (EUR -9,4 Mio.) bzw. durch Abschlussgebühren (EUR 7,0 Mio.) geprägt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag bei EUR 3,0 Mio. und somit um EUR 2,0 Mio. über dem Vorjahr (EUR 1,0 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 5,9 Mio. auf nunmehr EUR 9,3 Mio. gestiegen. Sie beinhalteten im Wesentlichen Buchgewinne auf Optionen

in Höhe von EUR 4,2 Mio. (Vorjahr: EUR 1,3 Mio.), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 2,5 Mio. (Vorjahr: EUR 1,5 Mio.), Erträge aus der Ausbuchung von verjährten Sparguthaben bei der LBS in Höhe von EUR 0,8 Mio. (Vorjahr: EUR 1,7 Mio.) sowie um EUR 0,3 Mio. erhöhte Erträge aus der FX-Umrechnung gegenüber dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zeigen sich mit EUR 6,1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 4,9 Mio.) ebenfalls erhöht. Darin enthalten waren überwiegend Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit in Höhe von EUR 4,0 Mio. (Vorjahr: EUR 1,2 Mio.), Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen für die kulanzweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben bei der LBS in Höhe von EUR 0,7 Mio. (Vorjahr: EUR 1,0 Mio.), Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von EUR 0,6 Mio. (Vorjahr: EUR 1,3 Mio.), sowie Aufwendungen aus Verpflichtungen gegenüber Kooperationspartnern von EUR 0,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0,7 Mio.).

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen sowie immaterielle Vermögensgegenstände** reduzierte sich von EUR 89,2 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR 88,2 Mio.

Der Rückgang im Personalaufwand auf EUR 45,5 Mio. (Vorjahr: EUR 47,8 Mio.) war dabei im Wesentlichen auf den Rückgang der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen um EUR 4,1 Mio. auf EUR 1,4 Mio., kompensiert um den Anstieg bei Gehaltszahlungen und Sozialabgaben um EUR 1,6 Mio. auf 41,8 Mio., zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit EUR 41,3 Mio. um EUR 1,4 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR 39,9 Mio., was im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für die Sicherungsreserve in Höhe von EUR 2,7 Mio. (von EUR 3,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 6,3 Mio. im Berichtsjahr), teilweise kompensiert um Minderaufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von EUR 1,9 Mio. (von EUR 7,5 Mio. im Vorjahr auf EUR 5,6 Mio. im Berichtsjahr), zurückzuführen war.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lagen mit EUR 1,4 Mio. in etwa auf Vorjahresniveau (EUR 1,5 Mio.).

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft** inklusive der Veränderungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB verschlechterte sich von EUR -16,8 Mio. auf EUR -22,6 Mio.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ohne die Veränderungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB verbesserte sich von EUR -42,1 Mio. auf EUR -15,4 Mio. Der überwiegende Teil des Bewertungsergebnisses entfiel auf das Segment Immobilien.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft lag mit EUR 2,8 Mio. um EUR 1,4 Mio. über Vorjahresniveau. Geprägt wurde es im Wesentlichen durch Kursgewinne und Zuschreibungen eigener Wertpapiere (EUR 2,7 Mio.) sowie im Anlagevermögen (EUR 0,7 Mio.), kompensiert um Abschreibungen auf eigene Immobilienfonds (EUR 0,5 Mio.).

Nach Berücksichtigung des Steueraufwands in Höhe von EUR 24,8 Mio. (Vorjahr: EUR 15,0 Mio.) – darin enthalten Netto-Steueraufwendungen aus Vorjahren in Höhe von EUR 4,2 Mio. (Vorjahr: Nettosteuererträge EUR 2,9 Mio.) sowie ein latenter Steueraufwand von EUR 4,5 Mio. (Vorjahr latenter Steuerertrag EUR 4,5 Mio.) – beläuft sich der **Jahresüberschuss** 2023 auf EUR 32,0 Mio. (Vorjahr: EUR 32,1 Mio.).

Finanzlage

Die Finanzlage der SaarLB war im Jahr 2023 unverändert stabil.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG zum 31.12.2023 liegt mit EUR 1.087 Mio. um EUR 17 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 1.070 Mio.). Bei einem Anstieg des Pfandbriefumlaufes um EUR 40 Mio. auf EUR 671 Mio. hat die Entwicklung der Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung zum 31.12.2023 mit ca. 62 % (31.12.2022 69 %) weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen liegt.

Die Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe nach § 28 PfandBG zum 31.12.2023 hat sich um EUR 478 Mio. auf EUR 4.578 Mio. (31.12.2022: EUR 4.100 Mio.), der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe von EUR 3.105 Mio. auf EUR 3.324 Mio. erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 38 % zum 31.12.2023 (31.12.2022 32 %) über der des Vorjahres und weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Das Kapitalmarktfunding erfolgte wie in den vergangenen Jahren größtenteils im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Im öffentlich gedeckten Bereich hat die SaarLB 2023 eine öffentliche Emission im Sub-Benchmark-Format begeben. Nahezu zwei Drittel der Mittelaufnahmen konnten im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, können bei der Deutschen Bundesbank besicherte Refinanzierungen aufgenommen werden. Zum 31.12.2023 wurde diese Möglichkeit nicht in Anspruch genommen.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Abschnitt Risikobericht, Teil Liquiditätsrisiko.

Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar (Details vgl. Tabelle „Struktur der Verbindlichkeiten“):

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Kreditinstitute	4.053,0	4.183,7	-130,7	-3,1
Kunden	7.688,1	6.817,2	870,9	12,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.227,0	5.245,9	-18,9	-0,4
Nachrangkapital	186,8	186,8	0,0	0,0
Summe der Verbindlichkeiten	17.154,9	16.433,6	721,3	4,4

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind mit einem Rückgang von EUR 130,7 Mio. geringfügig gesunken. Maßgeblich hierfür ist vor allem ein Rückgang bei den ungedeckten Darlehen i. H. v. EUR 68,0 Mio. und bei den gedeckten Namensschuldverschreibungen i. H. v. EUR 40,0 Mio.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** liegen mit EUR 7.688,1 Mio. um EUR 870,9 Mio. über dem Vorjahreswert. Maßgeblich für die Entwicklung ist ein um EUR 1.016,6 Mio. erhöhtes Volumen von Geldmarktgeschäften, die im Wesentlichen aus Einlagen des öffentlichen Sektors stammen. Gegenläufig wirkte sich der Rückgang bei den Giroeinlagen i. H. v. EUR 308,2 Mio. aus, der vor allem private Unternehmen betrifft.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind 2023 mit EUR 5.227,0 Mio. gegenüber dem Vorjahresstichtag (EUR 5.245,9 Mio.) geringfügig verringert.

Das **Nachrangkapital** ist unverändert.

Die Struktur der Verbindlichkeiten stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.053,0	4.183,7	-130,7	-3,1
ungedeckte Schuldscheindarlehen	869,5	937,5	-68,0	-7,3
gedeckte Namensschuldverschreibungen	288,0	328,0	-40,0	-12,2
Geldmarktgeschäfte	602,5	615,5	-13,0	-2,1
Weiterleitungsdarlehen	1.948,0	1.922,2	25,8	1,3
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	160,9	166,0	-5,1	-3,1
Giroeinlagen	74,3	76,9	-2,6	-3,4
sonstige kurzfristige Termineinlagen	0,0	15,0	-15,0	-100,0
Spareinlagen	12,9	23,9	-11,0	-46,0
sonstiges	96,9	98,7	-1,8	-1,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.688,1	6.817,2	870,9	12,8
ungedeckte Schuldscheindarlehen	1.247,7	1.136,9	110,8	9,7
von anderen finanziellen Organisationen	769,9	726,4	43,5	6,0
von nicht finanziellen Organisationen	476,8	409,6	67,2	16,4
durch das EinSiG privilegierte Schuldscheindarlehen	1,0	0,9	0,1	11,1
gedeckte Namensschuldverschreibungen	1.270,5	1.181,6	88,9	7,5
von anderen finanziellen Organisationen	1.155,6	1.081,8	73,8	6,8
von nicht finanziellen Organisationen	114,7	99,8	14,9	14,9
Geldmarktgeschäfte	2.085,3	1.068,7	1.016,6	95,1
von anderen finanziellen Organisationen	188,0	15,0	173,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	1.897,0	1.053,4	843,6	80,1
durch das EinSiG privilegierte Geldmarktgeschäfte	0,3	0,3	0,0	0,0
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	36,1	63,0	-26,9	-42,7
von anderen finanziellen Organisationen	31,1	58,0	-26,9	-46,4
von nicht finanziellen Organisationen	5,0	5,0	0,0	0,0
Giroeinlagen	1.696,6	2.004,8	-308,2	-15,4
von anderen finanziellen Organisationen	381,6	410,3	-28,7	-7,0
von nicht finanziellen Organisationen	1.225,9	1.499,7	-273,8	-18,3
durch das EinSiG privilegierte Giroeinlagen	89,0	94,9	-5,9	-6,2
sonstige kurzfristige Termineinlagen	290,5	373,5	-83,0	-22,2
von anderen finanziellen Organisationen	4,5	27,6	-23,1	-83,7
von nicht finanziellen Organisationen	280,1	342,8	-62,7	-18,3
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Termineinlagen	5,9	3,1	2,8	90,3
Spareinlagen	987,9	953,6	34,3	3,6
von nicht finanziellen Organisationen	0,2	3,7	-3,5	-94,6
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Spareinlagen	987,8	949,9	37,9	4,0
sonstiges	73,6	35,2	38,4	109,1
verbriefte Verbindlichkeiten	5.227,0	5.245,9	-18,9	-0,4
ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.750,3	2.977,7	-227,4	-7,6
gedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.476,6	2.268,2	208,4	9,2
nachrangige Verbindlichkeiten	186,8	186,8	0,0	0,0
nicht durch Gewährträgerhaftung privilegierte nachrangige Verbindlichkeiten von anderen finanziellen Organisationen	186,8	186,8	0,0	0,0
Summe der Verbindlichkeiten	17.154,9	16.433,6	721,3	4,4

Von den unbesicherten bzw. ungedeckten Emissionen der Klasse preferred senior i.H.v. EUR 3.131,4 Mio. per 31.12.2023 entfallen

- EUR 2.092,5 Mio. auf Inhaberschuldverschreibungen,
- EUR 424,5 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber Kreditinstituten
- EUR 412,0 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber nicht finanziellen Organisationen
- EUR 202,4 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber anderen finanziellen Organisationen.

Das **bilanzielle Eigenkapital** hat sich um EUR 22,7 Mio. auf EUR 589,0 Mio. erhöht. Dies ergibt sich aus der Dotierung der Gewinnrücklagen aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2022 (EUR 19,5 Mio.), der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen aus dem Jahresüberschuss i. H. v. EUR 3,2 Mio. Der Bilanzgewinn ist mit EUR 28,8 Mio. gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht, Teil Kapitalmanagement verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Aufgrund einer positiven Entwicklung des Neugeschäfts im vierten Quartal 2023 sind diese Verpflichtungen mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.859,6 Mio. zum 31.12.2023 im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.652,7 Mio.) gestiegen. Sie sind im Rahmen des Liquiditätsmanagements berücksichtigt.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 4.352 Mio. auf EUR 18.118 Mio. (Vorjahr: EUR 13.766 Mio.) deutlich gestiegen. Ursächlich hierfür war ein erhöhter Absicherungsbedarf infolge der ausgeprägteren Volatilität an den Zinsmärkten, die direkte Absicherung der Sub-Benchmark-Emissionen sowie die Sicherung der Zinsrisiken aufgrund der verstärkt vorgenommenen kurzfristigen Refinanzierung von langfristig ausgereichten Forderungen an Kunden. Die Derivate betreffen mit rund 97 % (Vorjahr 98 %) Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gewährleistet.

Rating

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch) und Moody's Investor Service (Moody's) hat die SaarLB ein Emittentenrating von A- beziehungsweise A1 erhalten. Das Rating von Fitch wurde im August 2023 bestätigt, das Rating von Moody's besteht seit April 2021 unverändert fort.

Das Pfandbriefrating für öffentliche Pfandbriefe wurde von Fitch im November 2023 mit AAA bestätigt.

Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind unverändert bei F1 bzw. P-1.

Zum 31. Dezember 2023 stellen sich die wesentlichen Ratings der SaarLB wie folgt dar:

Fitch	
Ratingbezeichnung	Rating
Long Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bbb-
Derivative Counterparty Rating	A (dcr)
Long-Term Deposit Rating	A
Short-Term Deposit Rating	F1
Public Sector Pfandbriefe	AAA
Moody's	
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Deposit Rating	A1, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Long-Term Issuer Rating	A1, stabil
Short-Term Issuer Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba1
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa2
Counterparty Risk Assessment	A1(cr)/P-1(cr)
Counterparty Risk Rating	A1/P-1

VERMÖGENSLAGE

Die Aktiva der SaarLB setzen sich zum 31.12.2023 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2023	2022	Δ Mio.	Δ in %
Barreserve	56,6	44,6	12,0	26,9%
Forderungen an Kreditinstitute	2.655,6	2.734,5	-78,9	-2,9%
Forderungen an Kunden	14.018,1	13.312,8	705,3	5,3%
Wertpapiere	1.309,1	1.179,7	129,4	11,0%
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	13,6	13,4	0,2	1,5%
sonstige Aktiva	180,3	182,0	-1,7	-0,9%
Bilanzsumme	18.233,3	17.467,0	766,3	4,4%

Die **Bilanzsumme** hat sich mit EUR 18.233 Mio. zum 31.12.2023 im Vergleich zum 31.12.2022 (EUR 17.467 Mio.) um 4,4 % erhöht.

Der Anstieg der Barreserve betrifft das sog. Target 2 – Konto bei der Deutschen Bundesbank.

Der Rückgang der **Forderungen an Kreditinstitute** ergibt sich vor allem aus der um EUR 580 Mio. verminderten Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank, der durch einen Anstieg der Anlagen am Geldmarkt i. H. v. EUR 431 Mio. teilweise kompensiert wurde.

Die **Forderungen an Kunden**, die sich vor allem durch die Kerngeschäftsfelder der Bank ergeben, sind um 5,3 % auf EUR 14.018 Mio. gestiegen. Zur Entwicklung des Neugeschäfts vgl. Abschnitt Geschäftsverlauf.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 1.180 Mio. auf EUR 1.309 Mio. gestiegen (11,0 %). Der Anstieg resultiert vor allem aus Zugängen bei Anleihen und Schuldverschreibungen sowie eigenen Schuldverschreibungen i. H. v. EUR 179 Mio., denen ein Rückgang bei Fondsanteilen i. H. v. EUR 50 Mio. gegenübersteht (Einzelheiten zu der Entwicklung der Buchwerte bei Investmentfonds vgl. Angaben zu Aktiva im Anhang).

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 66,4 Mio. (Vorjahr: EUR 97,9 Mio.), denen stille Reserven i. H. v. EUR 19,7 Mio. (Vorjahr: EUR 17,7 Mio.) gegenüberstehen. Maßgebend für die Entwicklung war der Anstieg der Zinsen.

Zur Zusammensetzung der sonstigen Aktiva vgl. Angaben zu den Aktiva im Anhang.

OFFENLEGUNG DES GESONDERTEN NICHTFINANZIELLEN BERICHTS GEMÄSS § 289B ABS. 3 HGB

Die SaarLB wird am 28. März 2024 (Veröffentlichungsdatum Jahresabschluss) einem gesonderten Bericht zum 31. Dezember 2023 gemäß den Vorgaben des § 289b Abs. 3 HGB auf freiwilliger Basis veröffentlichen. Der Bericht ist im Internetauftritt der SaarLB unter folgendem Link abrufbar: <https://www.saarlb.de/Nachhaltigkeitsbericht-2023.pdf>

ZUSAMMENFASSENDE GESAMTAUSSAGE

Die Entwicklung der Ertragslage sowie der Finanz- und Vermögenslage der SaarLB war im abgelaufenen Geschäftsjahr von einem erwarteten Rückgang der Neugeschäftsvalutierungen geprägt. Belastend wirkten dabei die erwarteten Erhöhungen der Zinssätze durch die EZB sowie die dadurch verringerte Investitionsbereitschaft der Kunden. Die dadurch geringer als erwarteten Konditionenbeiträge aus Kundenkreditgeschäft konnten durch gestiegene Konditionenbeiträge aus Kundeneinlagen jedoch mehr als kompensiert werden. In Summe führte dies zu einem deutlich verbesserten Zinsergebnis.

Das rückläufige Provisionsergebnis war im Wesentlichen durch einen gesunkenen Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft, insbesondere durch höhere Aufwendungen für die Vermittlung von Derivaten beeinflusst.

Das Bewertungsergebnis ohne Berücksichtigung von Zuführungen bzw. Auflösungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB fiel deutlich positiver aus. Auch der Verwaltungsaufwand konnte nahezu stabil gehalten werden und lag etwas unter Vorjahresniveau. Gehaltssteigerungen, Steigerungen der Sozialabgaben und gestiegene regulatorische Kosten konnte durch verringerte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen kompensiert werden. Somit konnte insbesondere aufgrund des sehr deutlich gestiegenen operativen Ergebnisses das Ergebnis vor Steuern erheblich gesteigert werden und lag mit EUR 56,9 Mio. ebenfalls wesentlich über dem Vorjahreswert und über unseren Erwartungen.

Die harte Kernkapitalquote liegt mit 14,0 % ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau und erheblich über unseren Erwartungen. Nach Beschluss über die vorgeschlagene Gewinnverwendung wird sich c. p. das harte Kernkapital um EUR 22,7 Mio. und die harte Kernkapitalquote auf 14,4 % erhöhen. Die im Vorjahr erwarteten negativen Auswirkungen durch eine Rezession und die damit einhergehende Erhöhung der Risikoaktiva sind nicht eingetreten.

Zusammenfassend ist die SaarLB insgesamt zufrieden mit der Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr, die trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zu einer Verbesserung der Ertragslage und der finanziellen Leistungsindikatoren geführt hat.

RISIKOBERICHT

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB inkl. LBS erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken (in den Risikounterarten Zinsänderungsrisiko, Spread-Risiko und Immobilienrisiko), Liquiditätsrisiken (in den Risikounterarten Zahlungsunfähigkeitsrisiko und Refinanzierungskostenrisiko) und operationelle Risiken. Nachhaltigkeitsrisiken sieht die SaarLB nicht als eigenständige Risikoart, sondern als potenziell relevanten Risikotreiber wesentlicher Risikoarten unter Berücksichtigung

ihrer Auswirkungen auf potenziell bestehende Risikokonzentrationen. Im Rahmen der Auswirkungsanalyse von identifizierten Nachhaltigkeitsfaktoren wurde eine Relevanz von Nachhaltigkeitsrisiken für Adressenrisiken festgestellt. Daher erfolgt eine explizite Berücksichtigung ihrer Auswirkungen im Rahmen der Risikosteuerung und -überwachung von Adressenrisiken. Der Vorstand verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Hierbei gelten folgende risikopolitische Leitlinien:

- Die Entstehung von Ertragskonzentrationen, die nicht durch die geschäftsstrategische Ausrichtung der SaarLB bedingt wird, sollen vermieden werden.
- Die Sicherstellung der Portfolioqualität geht vor Wachstum.
- Die SaarLB geht nur Risiken ein, die sie beurteilen und managen kann.
- Risiken werden nur insoweit eingegangen, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt.
- Die jederzeitige uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit der Bank ist als strenge Nebenbedingung der Geschäftstätigkeit sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Einheit Risikocontrolling ist innerhalb des Bereichs „Finanzen Controlling Steuerung“ angesiedelt und somit mittelbar dem Vorstand für Steuerung und Entwicklung (Vorsitzender des Vorstands) unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Kredit zuständig. Die integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg erfolgt im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichts.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstands zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten

Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Die BaFin hat den bisherigen Bescheid aus 2018 zur Vorlage eines Sanierungsplans nach nahezu vollständigen Anforderungen im dritten Quartal 2022 aufgehoben und die SaarLB zur Vorlage eines Sanierungsplans nach vereinfachten Anforderungen aufgefordert. Ein entsprechender Sanierungsplan wurde zum Ende des ersten Halbjahres 2023 eingereicht. Bei keinem der festgelegten Sanierungsindikatoren wurde zum Berichtsstichtag oder im gesamten Berichtszeitraum ein Schwellenwert verletzt.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der normativen und der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Normative Risikotragfähigkeit

Die SaarLB wendet den auf internen Ratings basierten Ansatz (IRBA) zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend verfügt sie über die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Art. 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (Stammkapital, Rücklagen einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB) und Ergänzungskapital (u. a. langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt. Die normative Perspektive der Risikotragfähigkeit enthält sowohl die einjährige als auch die mehrjährige Betrachtung der Kenngrößen.

Im Rahmen der einen Zeitraum von drei Jahren umfassenden Mittelfristplanung sind Vorkehrungen getroffen, um die Vorgaben nachhaltig einzuhalten. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Bereich Strategie und Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Einheit Controlling und Steuerung auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die SaarLB führt auf Basis der Anforderungen des Leitfadens zur Risikotragfähigkeit¹ der deutschen Aufsicht jährlich eine mehrjährige normative Risikotragfähigkeitsrechnung durch. Hierbei werden (bspw. in Anlehnung an den Stresstest der EBA) die Auswirkungen eines mehrjährigen schweren konjunkturellen Abschwungs simuliert und auf die geplanten Kapitalquoten sowie weitere regulatorische Kennziffer angewendet. Im Rahmen des MaRisk-Risikoberichtes erfolgt laufend eine Überwachung der getroffenen Annahmen wie Angemessenheit der Basisplanung sowie der Ausgestaltung des Szenarios. Das unterstellte Stressszenario über den gesamten Planungshorizont wird als Nachweis der nachhaltigen Ertragslage der SaarLB auch in Krisenzeiten verwendet, da die regulatorischen Anforderungen auch im adversen Szenario im gesamten Planungszeitraum erfüllt werden können.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:²

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2023	31.12.2022
Risikopositionen	5.740	5.892
Eigenmittel	981	994
davon Kernkapital	802	786
davon hartes Kernkapital	802	786
Gesamtkennziffer	17,1 %	16,9 %
Kernkapitalquote	14,0 %	13,4 %
harte Kernkapitalquote	14,0 %	13,4 %

Die harte Kernkapitalquote (ebenso wie die Kernkapitalquote) ist im Berichtszeitraum infolge gestiegener harter Kernkapitalbestandteile bei gesunkenen Risikopositionen gestiegen. Die Gesamtkennziffer steigt nur leicht bei gesunkenen Ergänzungskapitalbestandteilen und gesunkenen Risikopositionen.

Die Erhöhung des harten Kernkapitals ist Folge der Feststellung des Jahresabschlusses 2022: im Wesentlichen wurden die Gewinnrücklagen mit EUR 22,7 Mio. dotiert, des Weiteren wurde die im Jahresabschluss 2022 ausgewiesene Erhöhung der Reserve nach § 340g HGB i. H. v. EUR 1,4 Mio. aufsichtsrechtlich wirksam. Gegenläufig wirkte sich ein per 31.12.2023 entstandener Wertberichtigungsfehlbetrag i. H. v. EUR 9,2 Mio. aus, der vom harten Kernkapital abzuziehen ist. Maßgeblich für die Entwicklung im Ergänzungskapital war bei weitgehend unveränderten Nachrangdarlehen der Wegfall des Wertberichtigungsüberschusses i. H. v. EUR 26,8 Mio.

Nach Beschluss über die geplante Gewinnverwendung wird sich c. p. das harte Kernkapital um EUR 22,7 Mio. und die harte Kernkapitalquote auf 14,4 % erhöhen.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und

¹ Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“) – Neuausrichtung

² Die Risikopositionen des Vorjahres wurden aufgrund einer für Zwecke dieses Ausweises rückwirkenden Korrektur der KMU-Privilegierung sowie einer Nachreichung des Meldebogens für Verbriefungspositionen um EUR 1,3 Mio. erhöht, die ausgewiesenen Kapitalquoten ändern sich dadurch nicht.

Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die Eigenmittelzielkennziffer ist für die SaarLB redundant zum Kapitalerhaltungspuffer und wurde während des gesamten Berichtszeitraums eingehalten. Die gesetzlichen Mindestanforderungen wurden mit deutlichem Abstand eingehalten. Die insgesamt angemessene Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests.

Insgesamt war die normative Risikotragfähigkeit der SaarLB im gesamten Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Berichtsjahr grundsätzlich auf Basis der HGB-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können³.

(EUR Mio.)	31.12.2023	31.12.2022	Delta
satzungmäßige Rücklagenzuführung (Minimum YtD und HoRe)	2,5	1,9	0,6
+ Stammkapital	254,6	254,6	0,0
+ Rücklagen	637,8	618,4	19,4
+ Eigenkapitalsurrogate	0,0	0,0	0,0
+ stille Reserven und Lasten	250,7	86,0	164,8
Risikodeckungsmasse	1.145,6	960,8	184,8

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag sehr deutlich um rd. 19 % gestiegen. Der erhebliche Anstieg in der Position stille Reserven und Lasten geht im Wesentlichen auf positive Änderungen im BFA 3-Saldo zurück (Effekt rd. EUR 163,5 Mio.), der hauptsächlich aus einer Zunahme des Zinsbuchbarwertes resultiert. Zusätzlich konnte eine positive Entwicklung bei den stillen Reserven aus Wertpapieren, die nicht im BFA3-Saldo enthalten sind, verzeichnet werden (Effekt rd. EUR 1,3 Mio.) – dabei handelt sich im Wesentlichen um von der SaarLB gehaltene Immobilienfonds. Der Rückgang in den §340f und §340g-Reserven (Effekt rd. EUR 9,5 Mio.) wurde dagegen durch eine wesentliche Erhöhung in den Gewinnrücklagen (Effekt rd. EUR 28,9 Mio.) überkompensiert. Der Rückgang in den §340f und §340g-Reserven ergibt sich hierbei i. W. aus den Effekten des Jahresabschluss 2022 und der damit einhergehenden

³ Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Auflösung von §340f-Reserven (Effekt EUR 25 Mio.). Ebenso sind bei den gestiegenen Gewinnrücklagen die Zuführungen aus dem Jahresabschluss 2022 enthalten (Effekt rd. EUR 19,5 Mio.).

Aufgrund der Einführung neuer Banksteuerungsmodelle der S-Rating zum Stichtag 31.12.2023 wird die Risikodeckungsmasse zukünftig auf einer vollständig barwertigen Grundlage ermittelt. Das barwertige Risikodeckungspotenzial stellt dabei den Gesamtbestand an Vermögenspositionen (Aktiva) und Verbindlichkeiten (Passiva) einschließlich außerbilanzieller Positionen dar. Einbezogen werden nur Bestandsgeschäfte, wobei unwiderrufliche Zusagen unter die Bestandsdefinition fallen. Kreditlinien und -fazilitäten dürfen dagegen nicht in der barwertigen Risikodeckungsmasse berücksichtigt werden.

Zu Vergleichszwecken ist in der nachfolgenden Tabelle die ökonomische Risikodeckungsmasse der SaarLB auf Basis einer vollständig barwertigen Ableitungsmethodik dargestellt:

(EUR Mio.)	31.12.2023
Barwert des Kunden- und Eigengeschäfts	1.259,7
Liquiditätsbarwert	-42,2
Beteiligungen	13,3
Weitere Vermögensgegenstände	314,9
Barwert Verwaltungskosten	-221,0
Weitere Abzugspositionen	-59,4
Risikodeckungsmasse	1.265,2

Wie zu erkennen ist, ergeben sich zum Berichtsstichtag keine wesentlichen Niveauunterschiede zwischen der bisher barwertigen und der künftig vollständig barwertigen Risikodeckungsmasse. Eine Überleitungsrechnung bzw. ein direkter Vergleich zwischen den einzelnen Komponenten der barwertigen und der barwertigen Risikodeckungsmasse ist aufgrund der unterschiedlichen Struktur und der abweichenden Ableitungsmethodik jedoch nicht möglich.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung überwacht die SaarLB darüber hinaus ihr Risikoprofil. Im Berichtsjahr wurde in einem vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,9 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden mindestens jährlich sowie anlassbezogen ad hoc validiert. Zum Berichtstag 31.12.2023 erfolgte im Rahmen der Einführung neuer Banksteuerungsmodelle der S-Rating eine Anpassung der grundlegenden Quantifizierungsmethodik bei den Marktpreisrisiken Zinsänderungsrisiko und Credit-Spread-Risiko sowie beim Refinanzierungskostenrisiko.

Zu Vergleichszwecken sind in der nachfolgenden Tabelle die Risikokapitalbedarfe per Stichtag 30.09.2023 zum einen auf Basis der neuen Banksteuerungsmodelle zum anderen auf Basis der

bisherigen Ableitungsmethodik dargestellt. Konzeptionelle Unterschiede zeigen sich beim Adressenrisiko, den Marktpreisrisiken sowie dem Refinanzierungskostenrisiko:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	30.09.2023 (neu) Kapitalbedarf	30.09.2023 (alt) Kapitalbedarf	Delta
Adressenrisiko	257,9	237,5	20,4
Marktpreisrisiko	221,0	180,2	40,8
davon Zinsänderungsrisiko	(162,3)	(125,1)	37,2
Credit Spread-Risiko	(50,8)	(33,6)	17,2
Immobilienrisiko	(33,6)	(21,5)	12,1
Refinanzierungskostenrisiko	55,3	65,3	-10
Operationelles Risiko	20,5	20,5	0
Summe	554,8	503,5	51,3

Im Adressenrisiko wird künftig der erwartete Verlust als Risikokapitalbedarf ausgewiesen, der bisher als Abzugsposition in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt wurde. Die Anstiege im Zinsänderungsrisiko und im Credit Spread Risiko sowie der Rückgang im Refinanzierungskostenrisiko resultieren im Wesentlichen aus der Umstellung der Quantifizierungsmethodik von einer „Modernen Historischen Simulation“ auf einen Varianz-Kovarianz-Ansatz (VKA). Im Immobilienrisiko ergibt sich die Änderung hingegen hauptsächlich aus einer Anpassung der zugrundeliegende Datenbasis (insbesondere die Immobilienpreiszeitreihen). Puffernd wird künftig eine geringfügige Diversifikation zwischen Zinsänderungsrisiko und Credit Spread Risiko berücksichtigt. Das Operationelle Risiko ist nicht von der Einführung der neuen Banksteuerungsmodelle betroffen, sodass sich hier keine Veränderungen bei den Kapitalbedarfen ergibt.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2023			31.12.2022		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	273,8	330,0	83 %	222,0	330,0	67 %
Marktpreisrisiko	265,1	320,0	83 %	174,1	250,0	70 %
davon Zinsänderungsrisiko	(210,8)	(215,0)	98 %	(116,0)	(160,0)	72 %
Credit Spread-Risiko	(48,3)	(65,0)	74 %	(36,6)	(60,0)	61 %
Immobilienrisiko	(34,6)	(40,0)	87 %	(21,6)	(30,0)	72 %
Refinanzierungskostenrisiko	88,8	70,0	127 %	41,5	70,0	59 %
Operationelles Risiko	20,5	30,0	68 %	20,4	30,0	68 %
Summe	648,3	750,0	86 %	457,9	680,0	67 %
Freie ökon. Deckungsmasse	497,3			502,9		

Der sehr deutliche Anstieg in den Adressenrisiken (Effekt: EUR 51,8 Mio.) resultiert zum einen aus der bereits beschriebenen Berücksichtigung des Expected Loss (EL) auf der Risikokapitalbedarfsseite und zum anderen aus einem Anstieg des Risikos aus bereits ausgefallenen Positionen zum Berichtsstichtag 31.12.2023.

Die erheblich gestiegenen Risikokapitalbedarfe des Marktpreisrisikos resultieren beim Credit-Spread-Risiko und dem Immobilienrisiko i.W. aus den bereits dargestellten Anpassungen im Rahmen der Einführung der neuen Banksteuerung. Der erhebliche Anstieg der Zinsänderungsrisiken ist neben der Umstellung der grundlegenden Quantifizierungsmethodik ebenfalls durch die volatileren Zinsbewegungen an den Finanzmärkten bedingt.

Der sehr deutliche Anstieg des Refinanzierungskostenrisikos – auch im Vergleich zum Stichtag 30.09.2023 – resultiert i. W. aus Veränderungen der dem Refinanzierungskostenrisiko zugrundeliegenden Liquiditätsablaufbilanz. Hierbei wurde vermehrt langlaufendes Aktivgeschäft kontrahiert, bei einer gleichzeitigen kurzfristigen Refinanzierung auf der Passivseite.

Das Operationelle Risiko verblieb im Berichtsjahr dagegen auf einem nahezu konstanten Niveau.

Insgesamt steigt der Risikokapitalbedarf im Vorjahresvergleich um EUR 190,4 Mio. Die erhöhten Limite decken die Risiken weiterhin ab, auch wenn die Auslastung auf nunmehr 86 % ansteigt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt. Aufgrund der Umstellung auf die neuen Banksteuerungsmodelle wurde zum Berichtsstichtag ebenfalls ein Übergang auf die Standardstressszenarien der SR vollzogen. Das „schwerwiegendste Stressszenario“ stellt nun das Szenario „Immobilienkrise“ dar (zuvor: Schwerwiegender konjunktureller Abschwung). Die zugrundeliegenden Stresstestparameter werden dabei konsistent auf Basis der folgenden Szenariodefinition abgeleitet: Ein schneller Anstieg der Zinsen im Euroraum in Kombination mit einer deutlichen Überbewertung der Preise für gewerbliche und wohnwirtschaftliche Immobilien als Folge einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase entlädt sich in einem starken und abrupten Preisverfall der Immobilien. Bzgl. Adressenrisiken wird dabei u. a. eine spezifische Verschlechterung der Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio unterstellt. Im Marktpreisrisiko werden zusätzlich u. a. Ausweitungen der Credit Spreads und Zinsshifts im Zinsänderungsrisiko angenommen. Für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

In der nachfolgenden Tabelle werden zum Berichtsstichtag die Risikokapitalbedarfe aus dem schwerwiegendsten Stressszenario „Immobilienkrise“ dargestellt. Zum Vorjahresstichtag 31.12.2022 wurde dieses Szenario noch nicht gerechnet, sodass keine Vergleichswerte ausgewiesen werden.

Immobilienkrise Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2023
Adressenrisiko	374,8
Marktpreisrisiko	197,8
davon Zinsänderungsrisiko	(117,4)
Credit Spread-Risiko	(19,5)
Immobilienrisiko	(60,9)
Refinanzierungskostenrisiko	55,2
Operationelles Risiko	12,9
Summe	640,7
ökon. Deckungsmasse	1.265,2
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	624,5

Die ökonomische Deckungsmasse übertrifft auch unter Annahme des Szenarios „Immobilienkrise“ zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vergleich zum Vorjahresbericht bei der freien ökonomischen Deckungsmasse kein zusätzlicher Abzug des ICAAP-Risikokapitalbedarfs mehr erfolgt: Gemäß der Vorgehensweise der S-Rating wird den Risikokapitalbedarfen im Stress die gesamte ökonomische Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

- Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt.
- Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert. Das Migrationsrisiko stellt dabei auf Veränderungen der Bonität im Zeitablauf ab, die keinen Ausfall darstellen.

Das Adressenrisiko beinhaltet sowohl als Ausfall- als auch als Migrationsrisiko jeweils Länder- und Beteiligungsrisiken.

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen sowie Länder- und Transferrisiko der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala (DSGV-Masterskala).

Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit, die über die Ratingverfahren ermittelt wird, findet als weiterer wesentlicher Parameter für die Messung von Adressenrisiken der Loss Given Default (im Folgenden LGD) Verwendung. Dieser fließt neben der Ausfallwahrscheinlichkeit in die Berechnung des erwarteten Verlusts ein. Der bei der SaarLB berücksichtigte LGD spiegelt die ökonomische Sichtweise wider. Basierend auf Verlusterfahrungen im Landesbankenpool auf Ebene der Ratingmodule werden hier erwartete Verluste bei Ausfall quantifiziert, die auch die Höhe der in Zukunft erwarteten Sicherheitenerlöse berücksichtigen.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, insbesondere Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübertragungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand des eingerichteten Frühwarnsystems – u. a. monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – erfolgen eine Identifikation gefährdeter Engagements und Überführung in die dafür vorgesehene Betreuungsform. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die eingeräumten Kontrahentenlimite, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Engagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung im Neugeschäft, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Eine einzelfallbezogene Prüfung der Einhaltung der Risikostrategie durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche ist im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung vorgesehen.

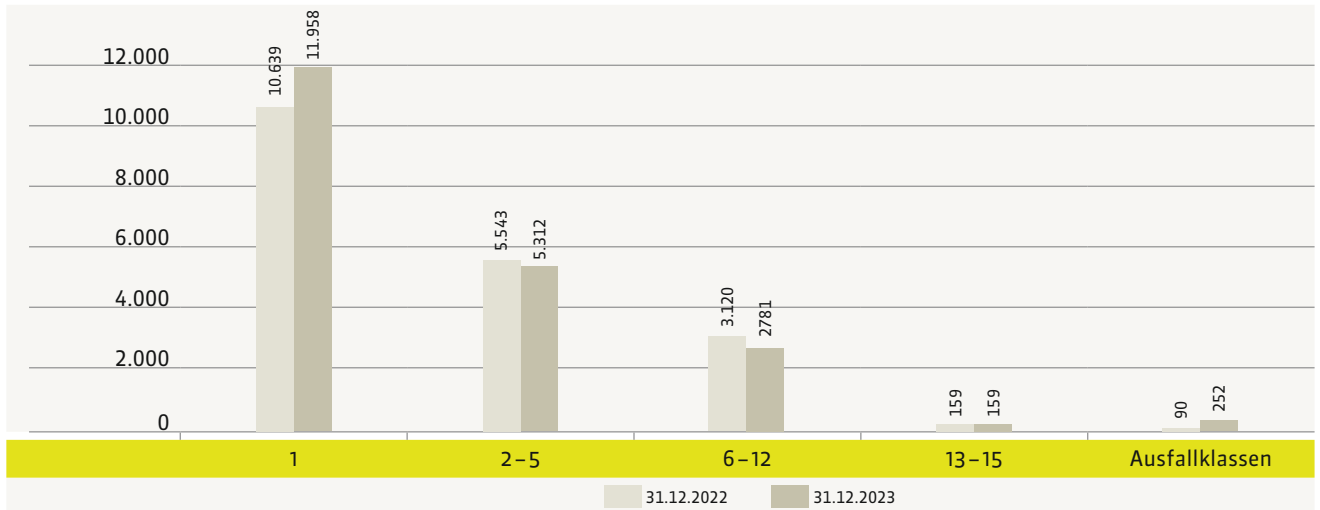
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Vorstand und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value-at-Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in dem nachfolgenden Kapitel „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 20.462 Mio. bestand (zum 31.12.2022: EUR 19.551 Mio.). Das maximale Kreditrisiko stellt das Bruttoexposure nach Berücksichtigung von CRM-fähigen Sicherheiten und abzüglich Wertberichtigungen (insb. Einzelwertberichtigungen und Direktabschreibungen) dar. Außerbilanzielle Positionen sind enthalten. Somit wurden signifikante Kreditrisiken in Höhe von EUR 911 Mio. aufgebaut, davon vor allem EUR 1.319 Mio. in der Risikoklasse 1 (relativ 12,4 %). Auch in den Ausfallklassen (16–18) kam es zu einem wesentlichen Volumenanstieg (EUR 162 Mio., relativ 180,0 %), insbesondere in der Branche Real Estate.

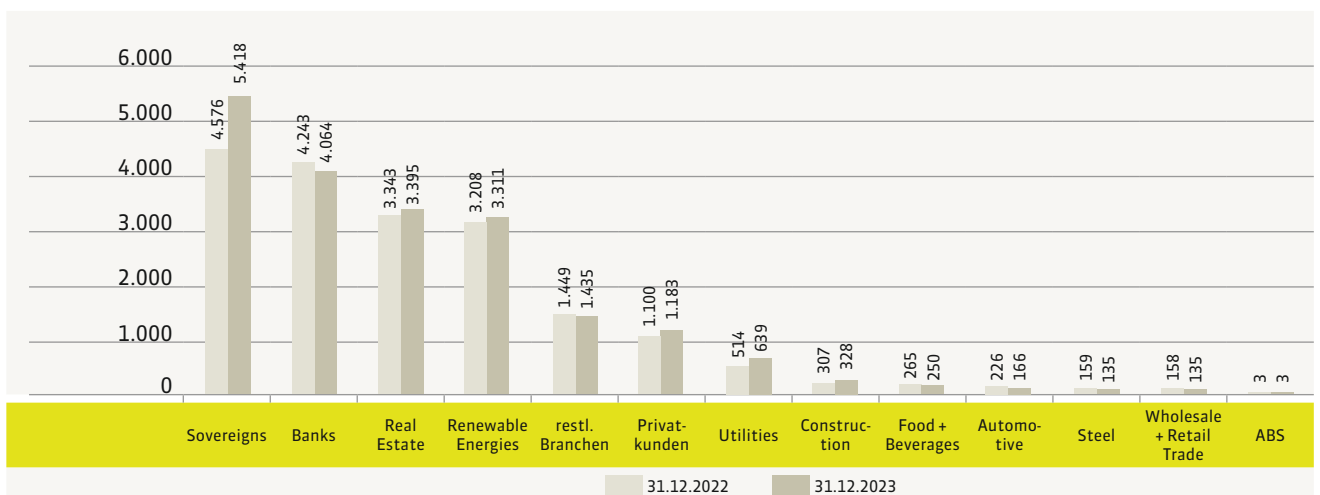
Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in EUR Mio.)



Zum Berichtsstichtag liegen rund 84 % (Vorjahr 83 %) des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 und 2 bis 5 nach DSGVO-Skala). Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich der Anteil im Investment Grade minimal erhöht.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 35 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

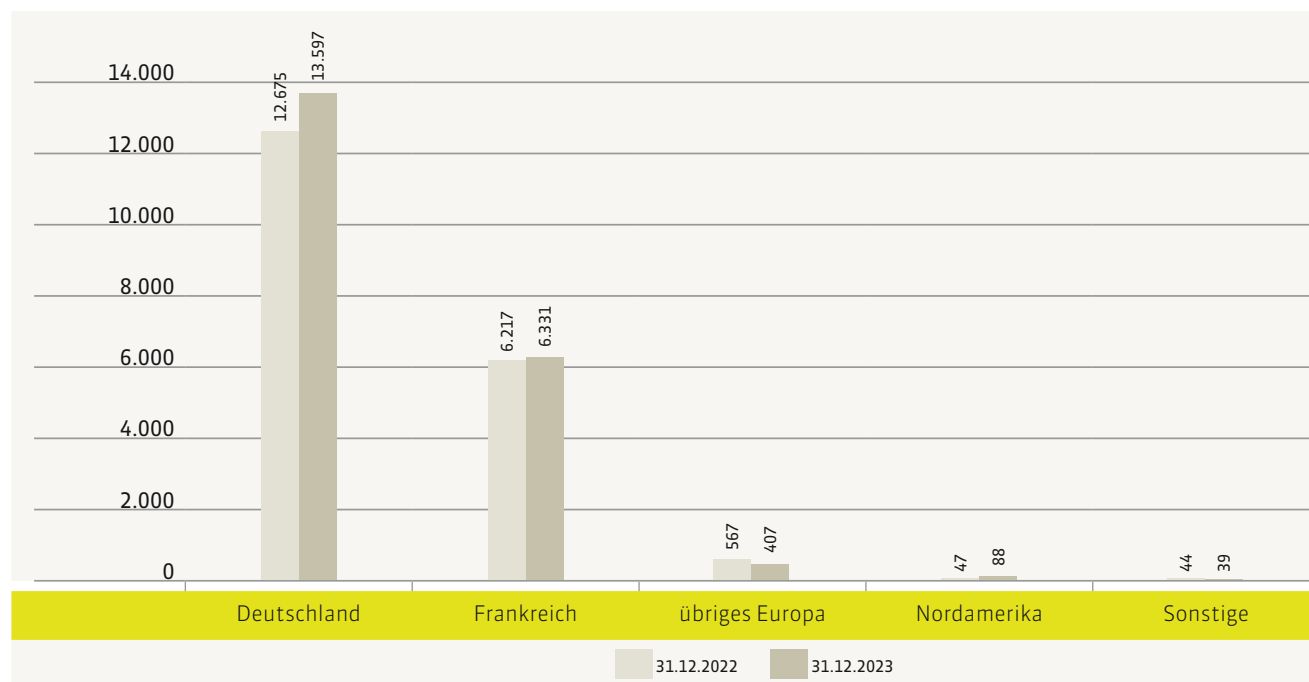
Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in EUR Mio.)



Der größte Anteil des Portfolios (etwa 26 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns gefolgt von den Branchen Banks (etwa 20 %), Real Estate (etwa 17 %) und Erneuerbare Energien (etwa 16 %). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Sovereigns um rund EUR 842 Mio. bzw. 18,4 % sehr deutlich erhöht (größter absoluter Anstieg). Ursache hierfür ist die Erhöhung des Forderungsbestandes gegenüber der öffentlichen Hand (EUR 439 Mio.) sowie ausländischen (insbesondere französischen) Gebietskörperschaften (EUR 338 Mio.). Der größte relative Anstieg war in der Branche Utilities zu verzeichnen (rund EUR 125 Mio. bzw. 24 %). Die größte

absolute Reduktion zeigt sich in der Branche Banks mit rund EUR 179 Mio. bzw. 4,2 %, die größte relative Reduktion ergibt sich in der Branche Automotive mit rund EUR 60 Mio. bzw. 26,5 %.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in EUR Mio.)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Regionen standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko zugeschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 97 % (zum 31.12.2022: 97 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 2 % (zum 31.12.2022: 2 %) betreffen Engagements im übrigen Europa. Im Berichtszeitraum wurde in Deutschland deutlich Volumen i. H. v. EUR 922 Mio. aufgebaut (entspricht 7,3 %). Das Volumen in Frankreich steigt um EUR 114 Mio. unwesentlich an auf EUR 6.331 Mio. (zum 31.12.2022: EUR 6.217 Mio.). Das entspricht 1,8 %. Im übrigen Europa hat sich das Volumen um rd. EUR 160 Mio. (entspricht 28,2 %) erheblich verringert (insbesondere in Luxemburg um EUR 87 Mio.). Das Volumen in Nordamerika steigt um EUR 41 Mio. bzw. 87,2 % sehr deutlich an.

Banken: maximales Kreditrisiko (in EUR Mio.) Regionen	31.12.2023	31.12.2022
Deutschland	3.829	4.052
Frankreich	95	79
übriges Europa	13	22
Nordamerika	88	47
Sonstige	39	43
Gesamt	4.064	4.243

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestands an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort überwiegend gegenüber deutschen Kreditinstituten. Über alle Regionen hinweg ist das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 179 Mio. gesunken. Ein deutlicher Volumentrückgang zeigt sich in Deutschland mit EUR 223 Mio. bzw. relativ mit 5,5 %. Ein sehr deutlicher Anstieg ist dagegen in Nordamerika (insbesondere in Kanada) zu verzeichnen (EUR 41 Mio. bzw. relativ 87,2 %).

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in EUR Mio.) Regionen	31.12.2023	31.12.2022
Deutschland	9.767	8.623
Frankreich	6.236	6.138
übriges Europa	394	546
Nordamerika	0	0
Sonstige	0	1
Gesamt	16.398	15.308

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen ausschließlich (31.12.2022: rund 100 %) gegen Kunden mit Sitz in Europa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen Kunden mit rund 98 % (31.12.2022: rund 96 %) den größten Anteil. Größter Treiber für den Anstieg in Deutschland ist vor allem die Branche Sovereigns mit einer wesentlichen Erhöhung um EUR 529 Mio. Darüber hinaus wurde im übrigen Europa sehr deutlich Volumen abgebaut (EUR 152 Mio., bzw. 27,8 %).

Banken: maximales Kreditrisiko (in EUR Mio.) Größenklassen	31.12.2023	31.12.2022
bis 1 Mio. EUR	9	18
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	60	67
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	93	55
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	249	213
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	257	375
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	234	231
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	442	188
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	416	388
> 500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	785	607
> 1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	1.520	2.100
Gesamt	4.064	4.243

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten. In der Größenklasse bis EUR 2,5 Mrd. sind ausschließlich Kreditrisiken in Deutschland in Ratingklasse 1 enthalten (Forderungen an die Deutsche Bundesbank).

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung wie folgt diversifiziert:

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in EUR Mio.) Größenklassen	31.12.2023	31.12.2022
bis 1 Mio. EUR	940	930
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.549	1.500
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.241	2.243
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.613	3.580
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	5.584	5.331
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	1.400	1.127
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	789	322
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	282	275
Gesamt	16.398	15.308

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Branche Real Estate) sind wesentlicher Bestandteil des Geschäftsmodells der SaarLB. Zum Berichtsstichtag lag der regionale Fokus auf Deutschland bzw. Frankreich (zusammen 97,6 %, Vorjahr 94,5 %). Dabei werden 69,5 % des Volumens (Vorjahr 71,3 %) dem Investment Grade (Ratingklassen 1–5) zugeordnet.

Real Estate: maximales Kreditrisiko und Risikovorsorge (in EUR Mio.) Ratingklassen	31.12.2023		31.12.2022	
	maximales Kreditrisiko	Risiko- vorsorge	maximales Kreditrisiko	Risiko- vorsorge
1	716	0	440	0
2 – 5	1.643	0	1.945	0
6 – 8	788	0	829	0
9 – 12	32	0	72	0
13 – 15	25	0	22	0
Ausfallklassen	190	16	36	13
Gesamt	3.394	16	3.344	13

In den Ausfallklassen ist im Berichtsjahr ein deutlicher Anstieg des maximalen Kreditrisikos zu beobachten, der aufgrund sehr guter Besicherung allerdings nur einen geringen Anstieg der Risikovorsorge erforderlich macht.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs- und Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte weiche und harte Kriterien, die regelmäßig überprüft bzw. validiert werden und die gegebenenfalls zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Im Weiteren erfolgt u. a. eine Prüfung auf eine Wertminderung quartalsweise sowie anlassbezogen bei jedem Engagement der Listen „Intensivbetreuung“ und „Problemkredite“, bei dem objektive substantielle Hinweise auf eine Wertminderung festgestellt wurden und noch keine Risikovorsorge gebildet ist.

Wenn die Risikoanalyse des Kredits zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird die Notwendigkeit der Bildung einer Risikovorsorge überprüft. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung der bestehenden Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung (fortgeführte Anschaffungskosten) mit den künftig zu erwartenden (abgezinsten) Cashflows. Die Abzinsung erfolgt mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz, der aus der OIS-Zinskurve abgeleitet wird. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiken unwahrscheinlich ist (politische bzw. soziale Unruhen, Nichtanerkennung von Auslandsschulden von staatlicher Seite, Devisenkontrollmaßnahmen, Devisenzwangswirtschaft, deutliche Abwertung der Landeswährung, Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs, Kapitalflucht mit spürbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, Verstaatlichung, Enteignung von Vermögen); zum 31.12.2023 sind unverändert keine Kredite mit transferrisikobedingten Wertberichtigungen im Bestand.

Bei der Einzelrisikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche finanzielle Vermögensgegenstände werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren bzw. erwarteten Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge für Einzelrisiken hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2023 – 31.12.2023	01.01.2022 – 31.12.2022
Anfangsbestand	73,2	43,4
Auflösung	-12,5	-6,3
Verbrauch	-43,2	0,0
Zuführung	30,3	36,1
Endbestand	47,8	73,2

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 22,9 Mio. (zum 31.12.2022: EUR 26,3 Mio.) inklusive Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen i. H. v. EUR 3,6 Mio. (zum 31.12.2022: EUR 3,6 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 2,4 Mio. (2022: EUR 0,1 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 1,2 Mio. (2022: EUR 0,7 Mio.) gegenüber.

Marktpreisrisiko

Das **Marktpreisrisiko** wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt. Als Risikofaktoren gelten hier Zinsen, Spreads, Immobilienpreise und Währungen. Optionen werden innerhalb der betroffenen Risikokategorien abgebildet (sofern wesentlich).

Im Jahr 2023 hat die SaarLB neue Banksteuerungssysteme der S-Rating und Risikosysteme implementiert, validiert und per 31.12.2023 in Produktion genommen. Dem einhergehend ist eine Ablösung der bisherigen Banksteuerungssysteme und -modelle für das Marktpreisrisiko erfolgt. Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken der SaarLB sind in der jeweiligen Risikostrategie definiert.

Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts orientiert sich an den Anforderungen der MaRisk. Die Einheit Treasury umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Einheit Syndizierung und Institutionelle verantwortet das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt in der Einheit Handelsmanagement. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist das Risikocontrolling verantwortlich.

Die SaarLB limitierte bis einschließlich 31.12.2023 sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuchs als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuchs, insbesondere Zinsänderungs- und Spread-Risiken, nach einem einheitlichen Value-at-Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwachte die Zinsänderungsrisiken in mehreren Sparten und berücksichtigte dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten flossen dabei in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,9 % ein. Die Risikokennzahlen wurden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgte die Risikoberechnung mit Hilfe von Risikoparametern, die auf historischen Zeitreihen basieren.

Zu keinem Zeitpunkt durfte der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Beim VaR wurden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während

der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angab, wurden bei Handelsbuchsparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der im Berichtszeitraum eingegangenen Risiken aus offenen Positionen pro Sparte (Brutto-VaR und Limitauslastung). Dabei lassen sich die Zinsänderungsrisiken den Sparten Zinsbuch gesamt und Renten-Sales zuordnen, die Aktienkursrisiken der Sparte Spezialfonds (Aktien) und die Währungsrisiken der Sparte Devisen Bankbuch und Sales:

Brutto-VaR (in Mio. EUR) und Limitauslastung (in %)	31.12.2023	12-Monats-Zeitraum (31.12.2023 – 31.12.2022)				31.12.2022
		Maximum*		Durchschnitt		
	Brutto-VaR	Brutto-VaR	Auslastung	Brutto-VaR	Auslastung	Brutto-VaR
Zinsbuch gesamt	-29,2	-32,1	80,3 %	-29,6	73,9 %	-29,2
davon Benchmark	-29,7	-29,8	91,8 %	-28,6	88,1 %	-26,2
davon Abw. zur Benchmark	-1,9	-5,2	69,4 %	-2,2	29,9 %	-2,8
Spezialfonds (Aktien)	0,0	0,0	0,0 %	0,0	0,0 %	0,0
Renten - Sales	0,0	0,0	0,0 %	0,0	0,0 %	0,0
Devisen Bankbuch und Sales	-1,4	-2,0	94,6 %	-1,7	70,4 %	-1,7
Gesamt	-30,7	-33,7	77,8 %	-31,3	72,3 %	-30,8

* Das Maximum ist nicht additiv, weil im Jahresverlauf nicht alle Sparten gleichzeitig ihren maximalen Wert erreichten.

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgte jeweils zu Beginn eines Handelstages.

Insgesamt wurden für den ermittelten (Netto-) VaR aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB bis einschließlich zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR -43,25 Mio. (zum 31.12.2022: EUR -43,25 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert.

Die SaarLB agiert seit März 2023 als Institut mit Handelsbuchtätigkeiten in geringem Umfang. Die Einhaltung der relevanten Schwellenwerte gemäß Artikel 94 CRR wird monatlich überwacht. Darauf basierend kann die Bank im Handelsbuch in geringem Umfang Marktpreisrisiken durch Kundengeschäfte (i. d. R. geschlossene Sales Positionen) und eigene Zinspositionen in der Sparte Renten-Sales (Zinsänderungsrisiko) eingehen. Bei Einhaltung der relevanten Schwellenwerte wird ab dem 01.01.2024 auf eine Limitierung sowie die tägliche Berichterstattung der Handelsbuchsparten verzichtet.

Im Berichtsjahr konnte ein Rückgang der Zinsen insbesondere in den längeren Stützstellen beobachtet werden. Es handelte sich dabei um einen Rückgang der risikolosen Zinsstrukturkurve (OIS) im 10-Jahres Bereich von 2,93 % am 31.12.2022 auf 2,29 % am 31.12.2023. Die Zinsentwicklung wird täglich vom Marktbereich beobachtet, welcher in geringem Umfang bewusst Positionen im Rahmen der Benchmarksteuerung eingehen kann und so das Zinsänderungsrisiko steuert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wurden die Verlustpotenziale des 1-Jahres VaR auf Basis von 1-Jahres Zinsveränderungen bis zum Berichtsstichtag 30.09.2023 mittels historischer Simulation ermittelt. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Des Weiteren wurde bis zum Stichtag 30.09.2023 das Credit Spread-Risiko quartalsweise im Rahmen der RTF-Rechnung mit Hilfe einer Prognosewertsimulation quantifiziert und überwacht. Dabei wurde der (barwertige) Wert eines Papiers am Ende des Prognosezeitraums (1-Jahr) unter Berücksichtigung von szenariospezifischen Spread-Ausweitungen (Historie bis 2003) sowie unter Annahme einer gleichbleibenden Zinskurve ermittelt. Das Risiko errechnete sich, indem der Erwartungswert dem gestressten Prognosewert gegenübergestellt wurde.

Mit Implementierung der neuen Banksteuerungsmodelle per 31.12.2023 erfolgte der Wechsel zu einer integrierten Marktpreisrisikorechnung mit Hilfe eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes, inklusive Zins-, Zinsbasis- sowie Spread-Risiken. Die Risikoermittlung des Immobilienrisikos erfolgte bereits bis einschließlich 30.09.2023 auf einem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Mit der neuen Banksteuerung erfolgt eine Ausweitung der zugrundeliegenden Zeitreihe. Die Ermittlung der Limitauslastungen erfolgt ebenso wie die Überwachung der Risiken und das Reporting weiterhin durch das Risikocontrolling.

Für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch werden zum Berichtsstichtag die Barwertänderungen aus den sechs Zinsschockszenarien gemäß den Vorgaben des BaFin Rundschreibens 06/2019 – Zinsänderungsrisiken quantifiziert. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Szenarien, die neben Parallelverschiebungen, einer Versteilung und Verflachung auch kurzfristige An- und Abstiege des Zinsniveaus abbilden. Die Barwertänderungen aus den Parallelverschiebungen werden zur Ermittlung des Supervisory Outlier Test Gesamtkapital (GK) ins Verhältnis zum haftenden Eigenkapital gesetzt. Der aufsichtliche Frühwarnindikator Supervisory Outlier Test T1 (SOT T1) errechnet sich als Quotient aus dem maximalen Barwertverlust aus den sechs beschriebenen Szenarien und dem Kernkapital. Im Berichtszeitraum lagen die geltenden Outlier-Kennzahlen zu allen Stichtagen unterhalb der aufsichtsrechtlichen Schwellenwerte.

Liquiditätsrisiko

Definition

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen, das wiederum in eine ökonomische und eine normative Sichtweise unterschieden wird.

- Das **Zahlungsunfähigkeitsrisiko** bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können.
- Das **ökonomische Refinanzierungskostenrisiko** beschreibt die Gefahr einer negativen Veränderung des Liquiditätsbarwertes aufgrund einer Veränderung des marktweiten Refinanzierungsspreads (abgebildet z. B. durch die Pfandbriefkurve).
- Das **normative Refinanzierungskostenrisiko** bildet die GuV-Auswirkung in Form höherer Zinsaufwendungen ab. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Risikomessung und -limitierung

Risikoberichts- und -messsysteme

Die ökonomische Messung von Liquiditätsrisiken untergliedert sich in zwei Teilbereiche: die Zahlungsunfähigkeitssicht und die wertorientierte Sicht.

Die Messung des **Zahlungsunfähigkeitsrisikos** erfolgt im Wesentlichen anhand der Gegenüberstellung von kumulierter Liquiditätsablaufbilanz und kumuliertem Liquiditätsdeckungspotenzial. Dabei werden u. a. Wochensicht (Betrachtungszeitraum zehn Handelstage) und Steuerungssicht (Betrachtungszeitraum 90 Tage) unterschieden. Die Liquiditätsablaufbilanz stellt alle Zahlungsein- und -ausgänge in saldierter Form kumulativ gegenüber. Sie umfasst alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank, die sich aus deterministischen Zahlungsströmen sowie aus auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströmen (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen) zusammensetzen. Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial zeigt die Möglichkeiten der Bank auf, durch den Verkauf oder die Beleihung von Vermögensgegenständen sowie durch ergänzende Maßnahmen, wie z. B. Pfandbriefemissionen, Liquidität zu generieren.

Als Kennziffern des Zahlungsunfähigkeitsrisikos werden insbesondere die Time-to-Illiquidity sowie die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials im Basis-Szenario sowie in verschiedenen Stress-Szenarien gemessen und limitiert. Die Time-to-Illiquidity gibt an, zu welchem Zeitpunkt kumulierte Liquiditätsunterdeckungen erstmals nicht mehr durch das zur Verfügung stehende kumulierte Liquiditätsdeckungspotenzial gedeckt werden können. Nach den Anforderungen der MaRisk darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage (gem. BTR 3.2 MaRisk) und in der Steuerungssicht einen Monat (gem. BTR 3.1 MaRisk) nicht unterschreiten.

Time-to-Illiquidity	31.12.2023	31.12.2022	Delta
Wochensicht	5 Wochen bis 2 Monate	2 bis 3 Monate	-1 Laufzeitband
Monatssicht (Szenario Kombination)	4 bis 5 Monate	4 bis 5 Monate	0

Die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials beschreibt das Verhältnis zwischen Liquiditätsbedarf aus der Liquiditätsablaufbilanz und dem zur Verfügung stehenden Liquiditätsdeckungspotenzial für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage.

Max. Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials innerhalb von 90 Tagen (in %)	31.12.2023	31.12.2022	Delta %-Punkte
Szenario Bankstress	59,0 %	68,0 %	-9,0 %
Szenario Marktstress	58,0 %	66,0 %	-8,0 %
Szenario Kombination	77,0 %	85,0 %	-8,0 %

Im Jahr 2023 hat die SaarLB die neuen Banksteuerungssysteme der S Rating und Risikosysteme implementiert, validiert und per 31.12.2023 in Produktion genommen. Dem einhergehend ist eine Ablösung der bisherigen Banksteuerungssysteme und -modelle für die Messung des **ökonomischen Refinanzierungskostenrisikos** erfolgt. Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken der SaarLB in beiden Ansätzen sind in der jeweiligen Risikostrategie definiert.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Refinanzierungsrisikos werden die Kennzahlen Liquiditätsbarwert und Liquiditäts-Value at Risk (LVaR) betrachtet. Der Liquiditätsbarwert entspricht der Differenz aus Liquiditätsnutzenbarwert und Liquiditätskostenbarwert.

Das **normative Refinanzierungskostenrisiko** wird im Wesentlichen für übergreifende Stressszenarien quantifiziert und zeigt moderate Auswirkungen.

Die Limite und Warnschwellen werden regelmäßig überwacht. Die Ermittlung der Limitauslastungen erfolgt ebenso wie die Überwachung der Risiken und das Reporting durch das Risikocontrolling. Für die Steuerung der Liquidität ist Treasury verantwortlich.

Aufgrund der Einführung der neuen Banksteuerungssysteme wurde die nachfolgende Tabelle um Werte zum 30.09.2023 sowohl auf Basis des alten als auch des neuen Modells ergänzt.

Wertorientierte Kennzahlen (in Mio. EUR)	31.12.2023	30.09.2023 (neu)	30.09.2023 (alt)	31.12.2022
Liquiditätsbarwert	-42	18	-69	-32
LVaR (Verlust im 99,90%-Quantil)	89	55	65	41

Die Veränderung des Liquiditätsbarwertes resultiert vor allem aus den unterschiedlichen zugrundeliegenden risikobehafteten Kurven.

Darüber hinaus werden Konzentrationen im Liquiditätsrisiko hinsichtlich ausreichender Diversifikation der Refinanzierungsquellen (inkl. der Einlegerstruktur) und des Liquiditätsdeckungspotenzials überwacht. Dies erfolgt durch die Überwachung und Analyse der unterschiedlichen Produkte der Passivseite, insb. aber der variablen Einlagen der größten Kunden sowie des Liquiditätsdeckungspotenzials hinsichtlich der relevanten Emittentenbranchen und -länder.

Die Refinanzierung der Bank erfolgt zum Berichtsstichtag vorwiegend über gedeckte und ungedeckte Emissionen (60 %). Der Refinanzierungsanteil aus variablen Kundeneinlagen beläuft sich insgesamt auf 15 % und zeigt sich gut diversifiziert: Der größte Einleger (auf Kundenebene) nimmt einen Anteil von 8 % (31.12.2022: 7 %) ein.

Die Diversifikation des Liquiditätsdeckungspotenzials (Aktivseite) wird auf der Ebene der Emittentenbranchen und -länder betrachtet:

Top 5 Branchen (in Mio. EUR und %)	31.12.2023		31.12.2022	
	Volumen	Prozent	Volumen	Prozent
Banks	600	71 %	472	62 %
Sovereigns	211	25 %	258	34 %
Technology	11	1 %	11	1 %
Chemicals	7	1 %	7	1 %
Logistics	5	1 %	0	0 %
Sonstige Branchen	11	1 %	17	2 %
Gesamtsumme	845	100 %	765	100 %

Das Liquiditätsdeckungspotenzial steigt im Vergleich zum Vorjahr um EUR 80 Mio. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt auf den Branchen Banks und Sovereigns. In Branche Banks handelt es sich mit 40,7 % um Anteile an anderen Landesbanken, was konsistent zum Aktiv-Passiv-Management im Geschäftsmodell der SaarLB ist.

Top 5 Länder (in Mio. EUR und %)	31.12.2023		31.12.2022	
	Volumen	Prozent	Volumen	Prozent
Deutschland	547	65 %	517	68 %
Frankreich	78	9 %	70	9 %
Kanada	68	8 %	31	4 %
Niederlande	30	4 %	38	5 %
Internationale Organisationen	26	3 %	11	1 %
sonstige Länder	96	11 %	98	13 %
Gesamtsumme	845	100 %	765	100 %

In der Gliederung nach Ländern setzt sich das Liquiditätsdeckungspotenzial schwerpunktmäßig aus deutschen Wertpapieren zusammen. Aufgrund der sehr guten Bonität von Deutschland ist jedoch mit keinem erhöhten Risiko aus der dargestellten Konzentration zu rechnen.

Neben der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit stellt die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine strenge Nebenbedingung für das Liquiditätsrisikomanagement der SaarLB dar.

Im Rahmen der Ermittlung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt (gem. Delegierter Verordnung (EU) 2015/61). Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt zum Berichtsstichtag bei 100 %. Für Zwecke der internen Steuerung werden Limits definiert, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben liegen.

Liquidity Coverage Ratio (in Mio. EUR)	31.12.2023	31.12.2022	Delta
LCR	210%	191%	19%
HQLA	2.146	2.742	-596
Outflows	1.517	1.707	-190
Inflows angerechnet	494	272	222

Die Erhöhung der LCR trotz gesunkener High Quality Liquid Assets (HQLA) ist auf eine Reduktion der Outflows sowie auf erhöhte anrechenbare Inflows zurückzuführen.

Bei der Net Stable Funding Ratio (NSFR) liegt der Fokus auf der Sicherstellung einer stabilen Refinanzierung über einen Zeitraum von einem Jahr. Sie stellt die verfügbaren stabilen Refinanzierungen den benötigten stabilen Refinanzierungen gegenüber. Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt zum Berichtsstichtag bei 100 %. Für Zwecke der internen Steuerung werden Limits definiert, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben liegen. Per 31.12.2023 beträgt die NSFR 112 %, womit diese (ebenso wie die LCR) sowohl über den aufsichtsrechtlichen als auch internen Limits liegt.

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert.

Risikoabsicherung und -limitierung

Insbesondere die dargestellten ökonomischen Kenngrößen Time-to-Illiquidity (Wochen- und Monatszeit) und Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials werden entsprechend den Vorgaben der MaRisk limitiert. Gemäß diesen Anforderungen darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage und in der Steuerungssicht einen Monat nicht unterschreiten. Für die interne Steuerung werden in beiden Fällen Kennziffern gefordert, die über den aufsichtsrechtlichen Vorgaben liegen.

Für die aufsichtsrechtlichen Kennziffern werden ergänzend zu den externen Vorgaben interne, strengere Schwellenwerte definiert.

Im Berichtszeitraum konnten die Limits der ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Risikomesung stets eingehalten werden.

Die SaarLB verfügt über ein Liquiditätsdeckungspotenzial, das sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Deutschen Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammensetzt. Das Liquiditätsdeckungspotenzial dient dazu, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen taggleich abgedeckt werden können. Die SaarLB steuert den kurzfristigen Liquiditätsbedarf in der Art, dass passive Überhänge im Overnight-Bereich jederzeit durch den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld gedeckt sind. Ergänzend hierzu enthält das Liquiditätsdeckungspotenzial einen Puffer, den sogenannten Intraday Cash-Bedarf, der zur Absicherung des Intraday-Liquiditätsrisikos dient.

Des Weiteren wird mittels Funding-Instrumenten auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen.

Der Vorstand betrachtet die aktuelle Liquiditätsausstattung der SaarLB als angemessen hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Liquiditätsanforderungen sowie des zugrunde liegenden Risikoprofils der Bank.

Die Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Spar- und Bauspar-einlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten) stellen sich wie folgt dar:

31.12.2023 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	579	573	1.294	1.594
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.762	1.456	772	1.709
Verbriefte Verbindlichkeiten	168	800	2.250	2.009
Nachrangkapital	8	0	5	174
Insgesamt	3.517	2.829	4.321	5.486

31.12.2022 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	432	536	768	2.424
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.843	782	602	1.641
Verbriefte Verbindlichkeiten	290	231	2.416	2.309
Nachrangkapital	0	0	13	174
Insgesamt	3.565	1.549	3.799	6.548

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Ungemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder von externen Einflüssen eintreten.

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere die Risikounterarten Rechts-, Modell-, Personal- und Informationssicherheits-Risiko. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der Leitlinie „OpRisk-Management und -Controlling“ der SaarLB dokumentiert. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit

fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Risiken aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Für alle o. g. Risikounterarten wurden überdies Risikounterartenverantwortliche bestimmt, die für die Steuerung der jeweiligen Risikounterart zuständig sind.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profiles durch turnusmäßige Self-Assessments aller Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self-Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 27 Schadenfälle (2022: 24) in Gesamthöhe von rd. EUR 0,3 Mio. (2022: EUR 0,5 Mio.) netto, d. h. unter Berücksichtigung von Schadenteilung, Schadenminderung, Versicherungsleistungen und indirekten Kosten, beobachtet. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 21,5 Mio. (2022: EUR 21,2 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten sowie in Rückstellungen, die sich aufgrund von Klagen Dritter gegen die SaarLB ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB gegen Dritte erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles Risiko, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung.

Die SaarLB ist in eine insgesamt geringe Anzahl von Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren involviert, die der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen aus Sicherheiten. Sofern diesen Klagen stattgegeben würde, könnten daraus für die SaarLB Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2023 Rückstellungen von insgesamt EUR 0,31 Mio. (zum 31.12.2022: EUR 0,46 Mio.) gebildet.

Zusammenfassung der Risikolage

Sowohl in der einjährigen als auch in der mehrjährigen normativen Sicht überstiegen sämtliche Kennziffern im Berichtszeitraum die laut Risikostrategie geltenden Schwellenwerte, sodass die normative Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben war.

Die SaarLB verfügt über eine allokierte Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben, die entsprechenden aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Anforderungen wurden erfüllt.

RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 4 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (riKS) als Teil des bankweiten IKS eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das riKS auch dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche insbesondere adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Finanzen und Controlling mit der Abteilung Finanzen, durch die Abteilungen Anwendungsmanagement und IT-Controlling sowie dem Unternehmensbereich Strategie und Stab mit der Abteilung Projekt- und Prozessmanagement und durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen

Die Abteilung Finanzen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Jahresabschlusses, die Entwicklung von Bilanzierungsrichtlinien, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben der Abteilung Finanzen gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet insbesondere die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsvorgaben innerhalb des Anwendungswesens, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rIKS.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch, soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rKS sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Prozess- und Anweisungsportal der SaarLB dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Geschäftsvorfällen/Verträgen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Weitere Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert. Sie werden von der Abteilung Finanzen auf Angemessenheit kontrolliert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden von der Abteilung Finanzen über das Vier-Augen-Prinzip hinaus die fachlich richtige Abbildung der Abschlussbuchungen in Stichproben kontrolliert und Plausibilisierungen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungsmanagements einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

Bei einem Auslagerungsunternehmen, der Finanz Informatik (FI) als zentrales IT-Dienstleistungsunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 2022 Prüfungen nach § 44 Abs. 1 (2) KWG durchgeführt. Über das Prüfungsergebnis und die weitere Vorgehensweise hinsichtlich Berichterstattung wurde der Vorstand der SaarLB informiert. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurden wesentliche Defizite in bestimmten IT-Prozessen und damit im internen Kontrollsystem des ausgelagerten Bereichs festgestellt. Maßnahmen zur Mängelbeseitigung und ein Maßnahmenabarbeitungsplan wurden mit Vertretern der BaFin sowie der Deutschen Bundesbank besprochen. Die Maßnahmenabarbeitung erfolgt seit dem ersten Quartal 2023 risikoorientiert. Die Abarbeitung soll Ende 2026 abgeschlossen werden. Die regelmäßige Nachverfolgung der Prüfungsfeststellungen einschließlich der Kommunikation der abgestimmten Maßnahmen an die SaarLB wird über die vertraglich vereinbarte Berichterstattung der FI sichergestellt. Über den Stand der Abarbeitung der Feststellungen und der Umsetzung der Maßnahmen wird die SaarLB quartalsweise informiert, ebenfalls wird das Ergebnis der Prüfungshandlungen der Prüfungsstellen quartalsweise zur Verfügung gestellt. Um sicherzustellen, dass die festgestellten Kontrolldefizite keine Auswirkungen auf die Rechnungslegung des Jahres 2023 haben, wurden zusätzliche Plausibilitätsbeurteilungen, Analysen und manuelle belegbasierte Kontrollmaßnahmen im Rahmen des Prozesses der Jahresabschlusserstellung durchgeführt. Dabei ergaben sich keine Feststellungen und Hinweise auf potenzielle Fehler in der Rechnungslegung.

PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und erwartete Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die im Abschnitt „Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ dargestellt sind, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu negativen, wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Eine Änderung der Geschäftsstruktur bzw. des Geschäftsmodells der Bank als deutsch-französische Bank ist nicht geplant. Im Zuge des in 2023 aufgesetzten Zukunftsprogramms „perspective2025“ wird auch im Geschäftsjahr 2024 die zielorientierte Weiterentwicklung der Themen „Qualitätsorientiertes Wachstum“, „Prozessoptimierung & Digitalisierung“, „Nachhaltige Transformation“ und „Personalstrategie“ fortgesetzt. Insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien möchte die SaarLB ihre gute Marktposition und ihr hohes Know-how für eine Steigerung der Geschäftstätigkeiten nutzen und so nachhaltig die angestrebte Energiewende in Deutschland und Frankreich vorantreiben.

Im Zuge der nachhaltigen Transformation bereitet die SaarLB zudem die nichtfinanzielle Berichterstattung nach CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) vor, welche das Nachhaltigkeitsreporting auf eine neue Stufe hebt. Am 5. Januar 2023 trat die CSRD auf EU-Ebene in Kraft. Die Richtlinie muss in Deutschland und allen anderen EU-Mitgliedsstaaten innerhalb von 18 Monaten in nationales Recht überführt werden. Die Anforderungen bezüglich zu berichtender Informationen steigen deutlich, hier werden über die ESRS (European Sustainability Reporting Standard) bis zu 1.200 konkrete qualitative und quantitative Datenpunkte vorgegeben. Gleichzeitig wird die nichtfinanzielle Berichterstattung Bestandteil des Lageberichts und unterliegt damit den entsprechenden Prüfungsanforderungen. Die Umsetzung erfolgt durch ein umfangreiches Projekt, in welches viele Bereiche der Bank eingebunden werden, um sowohl

die qualitativen Anforderungen zu erfüllen als auch die entsprechenden Datenerhebungen, Datenstrecken und Reportingvorgaben für die quantitativen Faktoren abbilden zu können. Nach aktueller Planung berichtet die SaarLB für das Geschäftsjahr 2025 erstmalig vollumfänglich auf Basis der CSRD.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die SaarLB die nachfolgend dargestellte Geschäftsentwicklung:

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts, der die konjunkturelle Lage und die Erwartung der deutschen Unternehmen widerspiegelt, lag im Dezember 2023 bei 86,4 Punkten. Die Unternehmen waren weniger zufrieden mit der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen für das erste Halbjahr 2024 sind zurückhaltender. Somit hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft insgesamt eingetrübt. Gemäß Konjunkturprognose aus Januar 2024 erwartet das ifo Institut unter Berücksichtigung der Einsparungen des verabschiedeten Bundeshaushalts für 2024 einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr. In der im Dezember 2023 veröffentlichten Konjunkturprognose prognostiziert das ifo Institut für das Jahr 2024 eine Inflationsrate (harmonisiert) von 2,1 %. Gemäß Monatsbericht Dezember 2023 der Deutschen Bundesbank wird für 2024 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt) um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr und eine Inflationsrate (harmonisiert) von 2,7 % prognostiziert.

Gemäß der IHK des Saarlandes verharret der IHK-Erwartungsindikator im Dezember 2023 mit -12,7 Zählern im negativen Bereich. Aufgrund der Verunsicherung bei Investoren und Verbrauchern werden keine Impulse aus der Binnennachfrage nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern erwartet. Das Exportgeschäft der Saarländischen Wirtschaft liegt derzeit auf Rekordkurs, kann jedoch die fehlenden Wachstumsimpulse nicht vollständig kompensieren. Die IHK betont, dass die Politik bei Themen wie Deregulierung, Bürokratieabbau und Steuern gefordert ist, um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken.

Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Frankreich

Prognosen für das Wirtschaftswachstum hängen stark von der zukünftigen Entwicklung verschiedener Faktoren ab. So wird zum einen die weitere Entwicklung der geopolitischen Krisen bspw. in der Ukraine sowie in Israel von Bedeutung sein, zum anderen aber auch der weitere Verlauf wirtschaftlicher Faktoren in Europa und Frankreich selbst wie der Leitzins und die Inflation. Die Banque de France geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum 2024 in Frankreich mit einem Zuwachs von 0,9 % noch verlangsamt sein wird, bevor es 2025–2026 wieder stärker zunehmen soll. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Unternehmensinvestitionen. Vor dem Hintergrund der deutlich gestrafften Geldpolitik ging das Investitionsvolumen deutlich zurück, laut Prognosen der Banque de France soll dieser Wert 2024 seinen Tiefpunkt erreichen und erst 2025 wieder an Dynamik gewinnen. Dem versucht die französische Regierung mit dem Konjunkturprogramm „France 2030“ entgegenzutreten. Mit einem Fördervolumen von EUR 54 Mrd. soll zur Stärkung der Wirtschaft beigetragen sowie Reindustrialisierung vorangetrieben werden. Auf Haushaltsebene sollen 2024 durch Einsparungen bis zu EUR 16 Mrd. mehr zur Verfügung

stehen. So sollen allein durch die Abschaffung der Obergrenze für Strom- und Gaspreise EUR10 Mrd. mehr zur Verfügung stehen. Diese war kurzfristig eingeführt worden, um die aufgetretene Energiekrise abzuschwächen. Außerdem wird von einem weiteren Rückgang der Inflation ausgegangen, die 2024 bei ca. 2,5 % liegen soll. Nach einem Rückgang der Reallöhne 2023, sollen diese in Verbindung mit der Arbeitsproduktivität 2024–2026 wieder zulegen.

Prognose Geldpolitik

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist darauf ausgerichtet, die Gefahr einer dauerhaften Erhöhung der Inflationserwartung entgegenzuwirken. Das ifo Institut geht in der Konjunkturprognose aus Dezember 2023 davon aus, dass aufgrund der mittlerweile wieder sinkenden Inflation der Zinshöhepunkt überschritten sein dürfte und rechnet damit, dass die Europäische Zentralbank im Frühsommer eine erste Leitzinssenkung beschließt.

PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER BANK UND DER WESENTLICHEN FINANZIELLEN LEISTUNGSINDIKATOREN

Die SaarLB verfügt seit Jahren über ein stabiles Geschäftsmodell, das stetig weiterentwickelt wird. Die Ausrichtung als deutsch-französische Bank mit ihren definierten Kernregionen in Deutschland und Frankreich wird auch im Geschäftsjahr 2024 weiter gefestigt. Die SaarLB wird ihre Kompetenz im Rahmen nachhaltiger Finanzierungen weiter ausbauen. Neben einer aktiven Begleitung unserer Firmen- und Immobilien- und Kommunalkunden im Rahmen des Transformationsprozesses zur Erreichung der Klimaziele wird die SaarLB auch Ihr Portfolio an Finanzierungen für erneuerbare Energie ausweiten und somit die Energiewende mit der Bereitstellung von Finanzmitteln aktiv unterstützen.

Für das Geschäftsjahr 2024 ändert die SaarLB ihre finanziellen Leistungsindikatoren dahingehend, dass die Leistungsindikatoren **operative Erträge** und **Ergebnis vor Steuern** durch **RWA-Rentabilität** und **NPL-Quote** ersetzt werden:

- die **RWA-Rentabilität** stellt die Relation zwischen den operativen Erträgen zu den durchschnittlich gebundenen Risikopositionen (gem. CRR) im jeweiligen Geschäftsjahr dar. Die operativen Erträge sind definiert als die Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoertrag des Handelsbestands zzgl. der Differenz aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen.
- die **NPL-Quote** ist der Quotient, aus dem Bruttobuchwert der notleidenden Kredite und Darlehen und dem Bruttobuchwert der gesamten Kredite und Darlehen zum jeweiligen Stichtag, analog der Offenlegungs-Definition in Textziffer 1, Anhang XVI der Durchführungsverordnung (EU) 2021/637. Die Position „Cash Balances at Central Banks and Other Demand Deposits“ (inkl. Sichteinlagen bei anderen Kreditinstituten) fließt bei der Berechnung der NPL-Quote nicht ein.

Für die finanziellen Leistungsindikatoren erwarten wir für das Geschäftsjahr 2024 folgende Entwicklungen:

finanziellen Leistungsindikatoren	Ergebnisse 2023	Prognose 2024
CET1-Quote	14,0 %	> 13,5 %
Return on Equity (vor Steuern)	7,2 %	> 7,0 %
Cost-Income-Ratio	52,5 %	< 55,0 %
RWA-Rentabilität	2,9 %	> 2,5 %
NPL-Quote	1,74 %	< 1,20 %

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die SaarLB in Summe ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Durch die im Rahmen des Zukunftsprogramms perspective2025 festgelegten Wachstums- und Stabilisierungsmaßnahmen wird es jedoch Verschiebungen innerhalb der einzelnen Segmente geben. Insbesondere das Segment Projektfinanzierungen soll durch weitere Finanzierungen im Bereich erneuerbare Energie weiterwachsen.

Für das Zinsergebnis erwarten wir grundsätzlich ein weiterhin moderates Wachstum. Ein voraussichtlich geringerer Margenbeitrag aus Kundeneinlagen, der im abgelaufenen Geschäftsjahr auch durch den starken und schnellen Anstieg der kurzfristigen Zinsen bedingt war, wird durch den weiteren Ausbau und der Fokussierung auf rentabilitätsstarkes Kreditgeschäft und damit steigenden Margenerträgen mehr als kompensiert werden. Durch den Ausbau des Kreditgeschäftes wird sich voraussichtlich auch das Provisionsergebnis wieder verbessern.

Die nach wie vor hohe Inflation und die damit einhergehenden Auswirkungen in den Verwaltungsaufwendungen können zu weiteren Kostensteigerungen führen. Aufwendungen durch die Umsetzung der in perspective2025 vorgesehenen Maßnahmen werden durch Einsparungen, z. B. aus dem Personalübergang von der SaarLB zur S-International, durch erwartete geringere Belastungen aus der Bankenabgabe und der Fortführung des konsequenten Kostenmanagements weitestgehend kompensiert werden können.

Analog zum Marktumfeld im abgelaufenen Geschäftsjahr, insbesondere aufgrund der nach wie vor hohen Unsicherheiten an den Immobilienmärkten, erwartet die SaarLB ein Bewertungsergebnis aus Kreditgeschäft auf vergleichbarem Niveau.

Nach Berücksichtigung der oben genannten Effekte in den operativen Erträgen, im Verwaltungsaufwand sowie im Bewertungsergebnis wird das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2024 voraussichtlich spürbar über dem Vergleichswert (EUR 56,9 Mio.) des Vorjahres liegen.

Durch den weiteren Ausbau der Geschäftsfelder und dem damit einhergehenden Bestandsaufbau im Kreditvolumen rechnet die SaarLB auch mit einem Anstieg in den Risikopositionen, der sich auf die Entwicklung der CET1-Quote niederschlägt. Die CET1-Quote wird sich jedoch weiterhin in der von der Bank festgelegten strategischen Bandbreite von 13,5 % bis 14,5 % bewegen und somit dem aktuellen Niveau von 14 % entsprechen.

Die RWA-Rentabilität wird wachstumsbedingt voraussichtlich leicht unterhalb des Vergleichswertes 2023 (2,9 %) auslaufen, da sich die Ergebnisbeiträge aus dem Neugeschäft erst im Zeitverlauf in der GuV niederschlagen werden.

Für die Entwicklung der NPL-Quote erwartet die SaarLB wieder einen deutlichen Rückgang vom aktuellen Niveau (1,74 %).

Durch das verbesserte Ergebnis vor Steuern geht die SaarLB im Jahr 2024 von einem RoE aus, der moderat über dem Vergleichswert aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr (7,2 %) liegen wird.

Durch einen weiteren Anstieg der operativen Erträge und einem weitestgehend gleichbleibendem Verwaltungsaufwand ist gegenüber dem Jahr 2023 eine leicht verbesserte CIR zu erwarten (2023: 52,5 %).

Saarbrücken, 08. März 2024

Landesbank Saar
Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

BILANZ ZUM 31.12.2023

Aktivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,00		0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		56.575.551,99		44.589
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	56.575.551,99		(44.589)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	56.575.551,99	0
				44.589
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.027.443.888,55		2.573.428
b) andere Forderungen		628.176.270,28	2.655.620.158,83	161.039
darunter:				2.734.467
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		(0)
Kommunalkredite	EUR	70.022,84		(158)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			14.018.139.927,14	13.312.808
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.755.085.951,24		(1.604.531)
Kommunalkredite	EUR	5.178.839.124,22		(4.370.353)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	94.973.027,04		(41.126)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	544.232.950,25		(579.314)
sonstige Baudarlehen	EUR	526.828.213,00		(512.446)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	997.750.255,57		(972.215)
			Übertrag*:	16.730.335.637,96
				16.091.864

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		180.328.371,00		211.410
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.859.831.211,36		3.948.384
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	70.251.855,08		(65.207)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	259.084.245,09		(243.874)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und	EUR	0,00		(0)
öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
c) Bauspareinlagen		12.868.464,01	4.053.028.046,37	23.889
darunter:				4.183.683
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		112.944,30		113
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		262.844,72		4.015
ac) Bauspareinlagen		987.543.251,30	987.919.040,32	949.446
darunter:				953.574
auf gekündigte Verträge	EUR	12.757.186,88		(3.417)
auf zugeteilte Verträge	EUR	26.521.055,67		(26.032)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.779.650.370,36		2.048.015
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.920.485.458,00	6.700.135.828,36	3.815.569
				5.863.584
darunter:				6.817.158
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	95.663.030,89		(90.031)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	1.157.172.190,49		(1.101.833)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
			Übertrag*:	11.000.841
			11.741.082.915,05	

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	16.730.335.637,96	16.091.864
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	220.176.063,73			214.316
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 220.176.063,73			(214.316)
bb) von anderen Emittenten	771.658.942,93	991.835.006,66		650.403
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 721.810.130,69			864.719
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				(600.677)
c) eigene Schuldverschreibungen		126.965.241,21	1.118.800.247,87	74.750
Nennbetrag	EUR 142.650.000,00			(81.500)
				939.469
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			190.273.233,64	240.257
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			13.307.411,33	13.073
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 1.359.913,77			(1.360)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
an Wertpapierinstituten	EUR 571.500,00			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			325.000,00	325
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
an Wertpapierinstituten	EUR 0,00			
9. Treuhandvermögen			52.831,78	57
darunter:				
Treuhandkredite	EUR 52.831,78			(57)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
		Übertrag*:	18.053.094.362,58	17.285.045

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	11.741.082.915,05	11.000.841
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		5.226.959.880,66		5.245.930
darunter:				
Hypothekenpfandbriefe	EUR	504.011.980,59		(472.723)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	1.972.616.259,41		(1.795.458)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.750.331.640,66		(2.977.749)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00	5.226.959.880,66	0
darunter:				5.245.930
Geldmarktpapiere	EUR	0,00		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00		(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			52.831,78	57
darunter:				
Treuhandkredite	EUR	52.831,78		(57)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			40.186.642,12	35.195
6. Rechnungsabgrenzungsposten			122.395.941,73	104.677
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	25.537.462,06		(30.010)
andere	EUR	96.858.479,67		(74.667)
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		45.716.393,60		45.981
b) Steuerrückstellungen		4.981.347,59		3.578
c) andere Rückstellungen		19.888.151,35	70.585.892,54	21.332
				70.891
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung			21.000,00	21
		Übertrag*:	17.201.285.103,88	16.457.612

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	18.053.094.362,58	17.285.045
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.662.260,00		2.045
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	1.662.260,00	0
				2.045
12. Sachanlagen			2.654.098,57	2.624
13. Sonstige Vermögensgegenstände			32.397.031,78	39.899
14. Rechnungsabgrenzungsposten			110.147.900,64	99.428
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	37.584.653,92		(42.065)
andere	EUR	72.563.246,72		(57.363)
15. Aktive latente Steuern			33.406.753,84	37.924
		Summe der Aktiva	18.233.362.407,41	17.466.965

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	31.12.2023			31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	17.201.285.103,88	16.457.612
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			186.800.000,00	186.800
9. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			256.303.856,84	256.254
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	686.000,00		(636)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		254.619.407,03		254.619
ab) stille Einlagen		0,00	254.619.407,03	0
				254.619
b) Kapitalrücklage			69.084.905,58	69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) Satzungsmäßige Rücklagen		80.754.254,06		77.552
cb) andere Gewinnrücklagen		155.693.177,65	236.447.431,71	136.172
				213.724
d) Bilanzgewinn			28.821.702,37	28.871
				566.299
Summe der Passiva			18.233.362.407,41	17.466.965

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			426.835.155,38	367.179
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	426.835.155,38	0
				367.179

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.432.775.231,00	1.432.775.231,00	1.285.524
				1.285.524

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2023

	EUR	2023 EUR	EUR	2022 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		483.446.617,47		262.752
darunter:				
Zinserträge der Bausparkasse				
aus Bauspardarlehen	EUR	1.823.732,37		(1.005)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	12.061.770,66		(12.517)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	10.994.041,33		(10.001)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		11.651.337,69	495.097.955,16	4.851
				267.603
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen				
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		0,00		-3.731
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0,00	0,00	495.097.955,16
				-3.731
3. Zinsaufwendungen				263.872
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			344.078.961,09	133.993
darunter:				
für Bauspareinlagen	EUR	6.295.878,17		(7.067)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen				
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)			0,00	344.078.961,09
				151.018.994,07
				135.303
5. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.773.836,98	6.214
b) Beteiligungen			493.006,54	1.514
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	5.266.843,52
				7.728
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00
				59
			Übertrag*:	156.285.837,59
				143.090

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

			2023		2022	
			EUR	EUR	TEUR	
				Übertrag*:	156.285.837,59	143.090
7. Provisionserträge				23.940.547,17		24.761
darunter:						
Provisionserträge der Bausparkasse						
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	5.898.578,35				(6.193)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00				(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00				(0)
8. Provisionsaufwendungen				15.723.338,42	8.217.208,75	15.691
darunter:						9.070
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	9.405.623,28				(8.887)
9. Nettoertrag des Handelsbestandes					429.553,25	323
darunter:						
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	50.000,00				(36)
10. Sonstige betriebliche Erträge					9.267.225,99	5.913
darunter:						
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	144.287,77				(0)
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			35.443.130,83			34.146
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			10.025.603,41	45.468.734,24		13.682
darunter:						47.828
für Altersversorgung	EUR	3.714.345,85				(7.696)
b) andere Verwaltungsaufwendungen				41.303.826,40	86.772.560,64	39.942
						87.770
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					1.439.152,20	1.479
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen					6.131.525,03	4.886
darunter:						
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	0,00				(127)
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft					22.751.028,72	13.933
				Übertrag*:	57.105.558,99	50.328

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

	EUR	2023 EUR	EUR	2022 TEUR
		Übertrag*:	57.105.558,99	50.328
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00		1.385
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	0,00	
				-1.385
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		499.376,81		1.877
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		698.307,41	198.930,60	381
				-1.496
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme			107.359,15	40
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			57.197.130,44	47.407
21. Außerordentliche Erträge		0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen		344.858,80		345
23. Außerordentliches Ergebnis			-344.858,80	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		24.792.824,75		14.961
darunter:				
Latente Steuern	EUR	4.517.047,99		(-4.533)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		35.333,15	24.828.157,90	21
				14.982
26. Jahresüberschuss			32.024.113,74	32.079
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		3.202.411,37		3.208
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	3.202.411,37	0
				3.208
28. Bilanzgewinn			28.821.702,37	28.871

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22 in der Fassung vom 22. September 2017. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2023	254.619	-	69.085	77.552	136.172	28.871	566.299
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	3.202	19.521	-22.724	-
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-9.350	-9.350
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	32.024	32.024
Stand 31.12.2023	254.619	-	69.085	80.754	155.693	28.821	588.973

Ausschüttungssperren bestehen im Zusammenhang mit aktiven latenten Steuern und Pensionsrückstellungen i. H. v. TEUR 33.911 (31.12.2022: TEUR 40.213). Zu weiteren Einzelheiten vgl. Anhang Nr. (14).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2023	2022
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32.024	32.079
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	27.301	20.316
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.708	5.655
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-3.075	-5.052
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-628	-331
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-275	-271
Zwischensumme	21.614	20.317
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	80.104	-2.348.784
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-719.188	-749.087
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-56.545	-55.767
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-16.023	-4.772
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-143.938	47.429
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	862.569	576.655
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	-29.800	617.000
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	22.711	16.577
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-156.286	-143.091
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	24.793	14.961
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	487.535	265.378
Gezahlte Zinsen	-311.642	-121.413
Außerordentliche Einzahlungen	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	0	-36
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-6.068	-25.537
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	92.205	-1.857.746
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	236.864	-995
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-306.576	-53.034
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	-122	-863
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-939	-80
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	-76
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-145	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-70.919	-55.048
Einzahlungen/Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalherabsetzungen	50	1.421
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.350	-9.350
Sonstige Auszahlungen	0	-
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	12.000
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9.300	4.071
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	44.589	1.953.312
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	92.205	-1.857.746
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-70.919	-55.048
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9.300	4.071
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	56.576	44.589

ANHANG

Die SaarLB hat ihren Sitz in Saarbrücken und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken (HRA 8589) eingetragen.

ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2023 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Saar (LBS) enthalten.

Eine Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB besteht nicht, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 Abs. 2 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den zum 31. Dezember 2023 gültigen EZB-Referenzkursen umgerechnet worden. Die Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs umgerechnet, für die schwebenden Termingeschäfte wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil aufgespalten.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB) saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 117.856 bzw. TEUR 81.797.

(3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB

vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Die Barreserve ist mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis der Regelungen des IDW RS BFA 7 ermittelt. Gem. diesen Vorschriften werden im Rahmen einer Bewertungsvereinfachung für diejenigen Kreditausreichungen, die im Hinblick auf das Ausfallrisiko und der diesem gegenüberstehenden Bonitätsprämie als ein Teil des vereinbarten Zinssatzes ausgeglichen sind, die Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten geschätzt. Hat sich das Adressenausfallrisiko für einzelne Kreditausreichungen im Zeitablauf deutlich erhöht, erfolgt die Ermittlung der erwarteten Verluste über die vereinbarte Restlaufzeit der betroffenen Kreditausreichungen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus dem Produkt der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeit mit dem geschätzten Verlust bei Ausfall. Führen die Parameter zur Verlustschätzung bei Ausfall wirtschaftlich zu einem unangemessenen Ergebnis, erfolgt die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung durch Einzelfallbetrachtung.

Außerdem bestehen eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB. Die Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB werden aktivisch von den zugrundeliegenden Vermögensgegenständen abgesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen werden gem. §§ 253 Abs. 3 i. V. m. 340e HGB nicht aufwandswirksam erfasst. Eine vorübergehende Wertminderung liegt dann vor, wenn keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen und somit die SaarLB davon ausgehen kann, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Zur präziseren Darstellung der Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte i. S. d. § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verleihe Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 253 Abs. 3 bzw. Abs. 4 i. V. m. 340 e Abs. 1 HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Das Treuhandvermögen wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag oder dem niedrigeren Wert gem. § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Die SaarLB ermittelt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 Abs. 1 HGB und weist diese saldiert in der Bilanz aus. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2023 wurde ein Steuersatz von 32,94 % (31.12.2022: 32,94 %) zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden gem. § 250 Abs. 3 HGB in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 S. 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 1,83 % p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,0 % p.a. sowie ein Rententrend von 2,0 % p.a. zu Grunde.

Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2023 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde gemäß IDW RS HFA 30 n.F. Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2018 G unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art 67 Abs. 1 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d. h. der sich durch das

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt (siehe dazu auch „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung“). Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2023 auf einen Betrag von TEUR 345 (31.12.2022: TEUR 690). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 505 (31.12.2022: TEUR 2.289). Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 433 (31.12.2022: TEUR 715), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten TEUR 433 (31.12.2022: TEUR 715) betragen. Die Anschaffungskosten entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 433 (31.12.2022: TEUR 715) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. TEUR -0,2 (31.12.2022: TEUR -1,3) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach § 253 Abs. 2 S. 4 HGB veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Jubiläums- und Altersteilzeitverpflichtungen wurden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018 G ermittelt. Die Jubiläumsrückstellungen wurden unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens, einer Fluktuationsrate von 2,5 % und eines Rechnungszinses von 1,75 % gebildet. Dabei wurde der Rechnungszins für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB) zugrunde gelegt. Bei den Altersteilzeitrückstellungen wurde ein Rechnungszins von 1,0 % und ein Gehaltstrend von 2,5 % zugrunde gelegt. Die Abzinsung der Verpflichtungen erfolgte unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen mittleren Restlaufzeit von einem Jahr; sofern im Einzelfall die Restlaufzeit der Altersteilzeit-Verpflichtung weniger als 12 Monate beträgt, wird bei der Rückstellungsermittlung keine Abzinsung berücksichtigt. Basis für die Rechnungszinssätze bildeten die von der Deutschen Bundesbank Ende September 2023 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, die auf das Jahresende hochgerechnet wurden.

Die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch wird entsprechend den Vorgaben des § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB sowie der IDW Stellungnahme IDW RS BFA 3 n. F. geprüft (verlustfreie Bewertung). In die Ermittlung eines eventuellen Verpflichtungsüberschuss im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs sind neben der Bewertung der Zinsposition des gesamten Bankbuchs auch die zugehörigen Risiko- und Verwaltungskosten miteinzubeziehen. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Zum 31.12.2023 bestand kein Verpflichtungsüberschuss, so dass keine Rückstellung gebildet wurde.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten ist eine Inanspruchnahme nicht überwiegend wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Einzelposten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet. Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate (Nominalvolumen zum 31.12.2023: EUR 843 Mio., 31.12.2022: EUR 1.251 Mio.), deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bilanzierung des Grundgeschäfts noch eine Bilanzierung des Sicherungsgeschäfts jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels der critical terms match-Methode. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 24.067 (31.12.2022: TEUR 43.057).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

ANGABEN ZUR BILANZ

(4) AKTIVA

Nr. in TEUR	Bilanzposten	31.12.2023	31.12.2022
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	158
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	10.254	14.240
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	471.883	435.866
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	84
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.164	23.704
	nachrangige Forderungen	69.000	69.000
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	5.605.402	5.094.446
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	220.176	214.316
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	762.105	640.849
	börsenfähig, nicht börsennotiert	9.554	9.554
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	126.965	74.751

Nr. in TEUR	Bilanzpositionen	31.12.2023	31.12.2022
Pos. 9	Treuhandvermögen		
	Forderungen an Kunden	53	57
Pos. 12	Sachanlagen		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	0	59
	Steuererstattungsansprüche	7.264	20.055
	Sicherheitsleistungen	19.361	15.054
	Kunstgegenstände (nicht abnutzbar)	1.542	1.542
	Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	3	16
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.485	1.327
Pos. 14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten	2.942	2.723
	Disagioabgrenzung von begebenen Anleihen	9.708	10.765
	Agioabgrenzung aus Forderungen	24.934	28.577
	sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter: im voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	70.882	56.129

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2023
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
Sachanlagen ¹⁾	22.593	939	-	-	23.532
Immaterielle Anlagewerte	12.493	145	-	-	12.638
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.493	145	-	-	12.638
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	874.108	297.969	176.360	-	995.717
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	196.769	8.373	65.347	-	139.795
Beteiligungen	16.375	234	-	-	16.609
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	-	-	-	325
Summe	1.122.664	307.660	241.707	-	1.188.617

in TEUR	Abschreibungen					31.12.2023
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	
Sachanlagen ¹⁾	19.970	911		-	-	20.879
Immaterielle Anlagewerte	10.447	528		-	-	10.975
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.447	528		-	-	10.975
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	11.798	865	6.647	-	2.134	3.882
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.869	359	1.524	-	-	2.704
Beteiligungen	3.302			-	-	3.302
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	-	-	-	-	0
Summe	49.386	2.663	8.171	-	2.134	41.743

¹⁾ Davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 2.653

²⁾ Bei den Ab- und Zuschreibungen handelt es sich nahezu ausschließlich um den Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen, die zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst werden.

Angaben zu Buch- und beizulegenden Zeitwerten

in TEUR	Buchwert		beizulegender Zeitwert	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Sachanlagen	2.653	2.623	-	-
Immaterielle Anlagewerte	1.662	2.046	-	-
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.662	2.046	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Lasten	717.265	831.503	650.877	733.651
Wertpapiere ohne stille Reserven und Lasten	29.831	29.983	250.138	29.983
Wertpapiere mit stillen Reserven	244.739	824	844	844
Summe	991.835	862.310	901.859	764.478
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Reserven	137.090	192.900	151.393	208.542
Summe	137.090	192.900	151.393	208.542
Beteiligungen	13.307	13.073	13.307	13.073
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	325	325	325
Summe	13.632	13.398	13.632	13.398
Gesamt	1.146.873	1.073.277	1.066.885	986.418

Zu der Bewertung der Wertpapiere vgl. (3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

In den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, bestehen stille Lasten von TEUR 66.388 (Vorjahr TEUR 97.852); diese Entwicklung ergibt sich aus dem Rückgang der Zinsen im Jahresvergleich.

Da bei den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, nach dem Ergebnis unserer Untersuchung keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen, werden die Rückgänge der Marktwerte als zinsinduziert angesehen. Die SaarLB kann und will die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit halten und geht daher von einer Rückzahlung zum Nominalwert aus. Niederstwertabschreibungen wurden daher nicht vorgenommen.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, enthalten keine stillen Lasten.

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

	Buchwert (BW) 31.12.2023 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2023 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2023 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2023 TEUR
Anleihenfonds						
SBLB 2-Fonds	-	-	-	-	-	-
Immobilienfonds						
PATRIZIA IMMO INVEST SAAR	47.251	52.005	4.754	0	Nein	-
Lip Real Estate Investment Fund - Logistics Germany IV	24.993	24.993	0	509	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	-	-

	Buchwert (BW) 31.12.2022 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2022 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2022 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2022 TEUR
Anleihenfonds						
SBLB 2-Fonds	62.193	62.193	0	800	Ja	-
Immobilienfonds						
LBIImmoInvest	47.251	49.644	2.393	-	Nein	-
Lip Real Estate Investment Fund - Logistics Germany IV	25.000	25.178	178	187	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Beim PATRIZIA IMMO INVEST SAAR ist die SaarLB alleinige Anteilsinhaberin.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBIImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeabschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Die Rückgabe von Anteilen am Lip Real Estate Investment Fund ist nur nach Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten möglich. Des Weiteren kann der Fonds die Rücknahme aus Liquiditätsgründen zunächst für 12 Monate aussetzen mit dem Ziel, Objekte zu angemessenen

Preisen zu verkaufen. Ist dies nicht möglich, folgt eine weitere Frist von 12 Monaten mit dem Ziel, Objekte maximal bis zu 10 % unter dem Verkehrswert zu verkaufen. Danach kann sich eine letzte weitere Frist von 12 Monaten anschließen; hierbei soll der Verkauf von Objekten bis zu 20 % unter Verkehrswert realisiert werden. Ist auch das nicht möglich, käme es zur Abwicklung des Fonds.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert, darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial.

(5) PASSIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	210.924	228.926
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	113.992	174.877
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	46	57
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.016	7.753
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53	57
Pos. 5	Sonstige Verbindlichkeiten		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2.740	2.746
	Erhaltene Optionsprämien	30.434	28.042
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3.343	2.171
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	-	-
	Geleistete Anzahlungen und andere Verbindlichkeiten	24	1.550
Pos. 6	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten	1.128	1.250
	Agioabgrenzung von begebenen Schuldverschreibungen	10.700	14.116
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	13.708	14.644
	sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter: im voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	96.858	74.667
Pos. 8	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Namenschuldverschreibungen	186.800	186.800

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Keine Namenschuldverschreibung übersteigt 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten haben TEUR 178.800 eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren (31.12.2022 TEUR 178.800).

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 5.734 (Vorjahr TEUR 5.602).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(6) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSTEN NACH RESTLAUFZEITEN

Aktiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR
Pos. 3b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	bis 3 Monate	557.695	100.756
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	67.477	59.199
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.005	1.084
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	bis 3 Monate	695.773	786.066
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.552.180	1.193.858
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.128.111	4.775.354
	mehr als 5 Jahre	6.467.876	6.520.936
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	174.200	42.114
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	76.150	142.999

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR
Pos. 1b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	bis 3 Monate	399.334	220.849
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	572.773	535.696
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.293.864	767.742
	mehr als 5 Jahre	1.593.860	2.424.096
Pos. 2ab)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen		
	bis 3 Monate	113	113
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	261	4.014
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1	1
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	bis 3 Monate	982.797	794.825
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.456.311	778.171
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	772.370	601.657
	mehr als 5 Jahre	1.709.008	1.640.916
Pos. 3a)	Begebene Schuldverschreibungen		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	967.353	520.515

(7) LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	31.12.2023		31.12.2022	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	28.532		32.583	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		5.534		4.003
Beteiligungen	75		75	
Anteile an verbundenen Unternehmen	-		-	
Sachanlagen	-		-	
Sonstige Vermögensgegenstände	2.497		1.326	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-		-	
Sonstige Verbindlichkeiten	90		90	
Rückstellungen	7.746		7.853	
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-		-	
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	38.940	5.534	41.927	4.003

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Infolge der Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank sind sowohl die Zinserträge als auch die Zinsaufwendungen deutlich gestiegen. Dem entsprechend sind negative Zinserträge und positive Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr 2023 unwesentlich, so dass auf einen gesonderten Ausweis verzichtet wird.

Im GuV-Posten 10 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u.a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 4.184, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 2.528, Erträge aus der Ausbuchung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 803 sowie Rückerstattungen von Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten i. H. v. TEUR 442 enthalten.

Im GuV-Posten 13 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind vor allem Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 4.044, Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 583, aus der Bildung von Rückstellungen für die kulanzenweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 700 sowie für eine Ausgleichsverpflichtung im Zusammenhang mit der Kooperation mit der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG i. H. v. TEUR 350 enthalten.

Die GuV-Position 22 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art 67 Abs. 1 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (TEUR 345, vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 20.571 auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit; auf Vorjahre entfallen Nachzahlungen i. H. v. TEUR 4.222.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht Abschnitt Ertragslage vorgenommen.

SONSTIGE ANGABEN

(8) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 32.024.113,74.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10 % den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich ein Zuführungsbetrag i. H. v. EUR 3.202.411,37.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn i. H. v. EUR 28.821.702,37.

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	19.471.702,37
Ausschüttung auf das Stammkapital	9.350.000,00
	28.821.702,37

(9) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

(10) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND

Mietverhältnisse

in TEUR	2023	2022
Künftige Mindestzahlungen aus Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	4.821	6.681
bis 1 Jahr	1.920	2.090
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.140	3.857
mehr als 5 Jahre	761	734

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	31.12.2023	31.12.2022
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	7.448	15.666
Zahlungsverpflichtung gegenüber des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe	10.366	7.680
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	8.995	7.374

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen bestehen gegenüber Kapitalanlagegesellschaften und betreffen den Erwerb von weiteren Fondsanteilen.

Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass ein Teil der festgesetzten Jahresbeiträge in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden können.

(11) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Es wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i. H. v. TEUR 559.896 übertragen. Diese betreffen zum einen die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten:

in TEUR	31.12.2023	31.12.2022
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	162.697	166.783
Insgesamt	162.697	166.783

Der Gesamtbetrag der Buchwerte der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt TEUR 372.235 (Vorjahr TEUR 382.093).

Für Zwecke der sog. Bankenabgabe sowie des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe sind TEUR 19.361 als Sicherheit übertragen.

(12) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u.a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2023.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- bei sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2023	2022	2023	2023
Zinsrisiken				
Zinsswaps	16.974.163	12.765.389	410.982	-622.745
Swaptions	261.200	263.700	-	-14.146
Caps, Floors	381.590	524.090	2.253	-2.243
Futures	-	-	-	-
Optionen auf Futures	-	-	-	-
Zinsrisiken insgesamt	17.616.953	13.553.179	413.235	-639.134
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	501.420	212.734	2.911	-2.637
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Futures*	-	-	-	-
Währungsrisiken insgesamt	501.420	212.734	2.911	-2.637
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Aktienoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Futures	-	-	-	-
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	-	-	-	-
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	-	-	-	-
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	-	-	-	-
Insgesamt	18.118.373	13.765.913	416.146	-641.771

Fristengliederung

in TEUR	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	1.051.890	324.568	84.267	125.122	-	-	-	-
bis 1 Jahr	2.978.230	1.140.358	408.967	87.222	-	-	-	-
bis 5 Jahre	4.455.308	4.297.856	8.185	390	-	-	-	-
über 5 Jahre	9.131.525	7.790.397	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	17.616.953	13.553.179	501.419	212.734	-	-	-	-

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Banken in der OECD	15.137.444	11.361.387	345.997	438.186	-561.219	-671.760
Öffentliche Stellen in der OECD	706.802	370.840	27.153	14.958	-2.297	-4.983
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	2.022.917	2.033.686	42.995	24.355	-78.255	-123.137
Insgesamt	17.867.163	13.765.913	416.145	477.499	-641.771	-799.880

¹⁾ Einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.485 gezahlte und mit TEUR 30.434 erhaltene Optionsprämien.

(13) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in TEUR	31.12.2023	31.12.2022
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	33.911	40.213
Aktive latente Steuern	33.407	37.924
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	504	2.289

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(14) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Jahresdurchschnitt 2023 waren bei der Bank 498 Mitarbeiter beschäftigt, davon 93 bei der Landesbausparkasse sowie 17 bei der SaarLB France.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2023	2022
Beschäftigte insgesamt	498	493
darunter:		
Landesbausparkasse	93	85
davon männlich	38	34
davon weiblich	55	51
SaarLB France	17	13
davon männlich	9	7
davon weiblich	8	6
Männlich	247	249
Weiblich	251	244
Vollzeitbeschäftigte	274	273
Teilzeitbeschäftigte	224	220
Auszubildende	6	6

(15) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2023 TEUR 1.910 (Vorjahr TEUR 2.092), die des Verwaltungsrates TEUR 225 (Vorjahr TEUR 225).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 30.450. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 30.139 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betragen TEUR 1.808.

(16) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2023	2022
Abschlussprüfungsleistungen	1.205	813
davon für Vorjahre	145	-164
Andere Bestätigungsleistungen	167	175
davon für Vorjahre	1	-61
Sonstige Leistungen		159
davon für Vorjahre		-1
Insgesamt	1.371	1.147

Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen auf:

- die Prüfung nach § 89 Abs. 1 S. 1 WpHG (Depot-/WpHG-Prüfung)
- DSGVO Umlage Sicherheitsreserve

- Leistungen im Zusammenhang mit der Verfahrensprüfung der Deutschen Bundesbank
- Leistungen bezüglich der Verbandsumlage

(17) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Zum 31.12.2023 sind keine Wertpapierpensionsgeschäfte durchgeführt. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden zum 31.12.2023 Wertpapiere i. H. v. TEUR 445.000 nominal (Vorjahr TEUR 436.500) entliehen.

(19) DECKUNGSRECHNUNG FÜR DAS HYPOTHEKEN- UND DAS KOMMUNALKREDITGESCHÄFT

Weitergeführter Alt-Bestand nach § 51 PfandBG

in TEUR	31.12.2023	31.12.2022
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	25.000	35.000
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen		
Namensschuldverschreibungen	25.000	35.000
Deckungswerte	32.152	40.309
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten		
Forderungen an Kreditinstitute	2.000	3.000
Forderungen an Kunden	30.152	37.309
Deckungsüberhang	7.152	5.309

Zum 31.12.2023 gibt es keinen Altbestand mehr.

Neubestand

Nominal- und Barwertdeckung

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	671,30	631,30	647,18	584,45	607,52	543,56
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1.087,30	1.069,57	1.074,45	1.024,45	994,75	950,96
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	61,97 %	69,42 %	66,02 %	75,28 %	63,74 %	74,95 %
Gesetzliche Überdeckung	27,21	26,16	12,94	11,69		
Vertragliche Überdeckung	0,00	0,00	0,00	0,00		
Freiwillige Überdeckung	388,80	412,11	414,32	428,31		

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	3.323,70	3.104,70	3.128,96	2.734,35	2.688,39	2.323,18
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	4.577,76	4.099,64	4.537,58	3.823,89	3.922,70	3.335,49
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	37,73 %	32,05 %	45,02 %	39,85 %	45,91 %	43,57 %
Gesetzliche Überdeckung	133,69	124,71	62,58	54,69		
Vertragliche Überdeckung	0,00	0,00	0,00	0,00		
Freiwillige Überdeckung	1.120,38	870,23	1.346,04	1.034,86		

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2023 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
bis zu 6 Monate	38,00	60,00	54,88	63,68	0,00	0,00
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	80,00	40,00	100,01	151,34	0,00	0,00
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	90,00	38,00	84,66	48,78	38,00	60,00
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	90,00	80,00	77,44	97,64	80,00	40,00
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	142,00	130,00	110,60	145,79	180,00	118,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	96,50	92,00	117,86	84,56	142,00	130,00
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	13,00	96,50	215,60	60,38	96,50	92,00
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	110,00	78,00	326,24	393,84	103,00	159,50
über 10 Jahre	11,80	16,80	0,00	23,57	31,80	31,80

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
bis zu 6 Monate	130,00	111,00	224,80	163,04	0,00	0,00
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	193,00	65,00	174,57	132,48	0,00	0,00
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	175,00	130,00	159,61	179,63	130,00	111,00
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	130,50	193,00	166,24	166,54	193,00	65,00
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	159,00	255,50	280,85	300,64	305,50	323,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	112,50	159,00	293,91	256,63	159,00	255,50
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	372,50	92,50	352,47	263,64	112,50	159,00
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	1.384,50	1.474,00	1.166,15	1.084,06	1.724,00	1.228,50
über 10 Jahre	666,70	624,70	1.759,16	1.552,99	699,70	962,70

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2023	2022
bis zu 300 TEUR	0,74	0,48
mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	20,54	22,52
mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	442,06	407,72
mehr als 10 Mio. EUR	573,46	598,35

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)	2023	2022
wohnwirtschaftlich	18,44	19,24
gewerblich	1.018,37	1.009,84

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR) Staat	Stichtag	Eigen-tumswoh-nungen	Ein- und Zwei-familien-häuser	Mehr-familien-häuser	Büro-gebäude	Handels-gebäude	Industrie-gebäude	Sonstige gewerb-lich genutzte Gebäude	Unfertige und noch nicht ertrags-fähige Neubau-ten	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2023	12,08	0,00	6,36	170,79	270,01	0,00	251,17	0,00	0,00	710,40
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2022	12,63	0,00	6,61	139,07	251,59	0,00	262,11	0,00	0,00	672,01
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2023	0,00	0,00	0,00	193,66	57,14	0,00	75,60	0,00	0,00	326,40
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2022	0,00	0,00	0,00	264,87	57,45	0,00	34,74	0,00	0,00	357,06
Summe	31.12.2023	12,08	0,00	6,36	364,45	327,15	0,00	326,77	0,00	0,00	1.036,80
Summe	31.12.2022	12,63	0,00	6,61	0,00	309,04	0,00	296,85	0,00	0,00	1.029,07

§ 28 (2) Nr. 2 PfandBG (in Mio. EUR)	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt	
	2023	2022	2023	2022
keine	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr.1 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2023	2022
bis zu 10 Mio. EUR	1.194,87	1.119,16
mehr als 10 Mio. EUR bis zu 100 Mio. EUR	2.960,60	2.584,39
mehr als 100 Mio. EUR	422,29	396,08

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat		Regionale Gebiets-körperschaften		Örtliche Gebiets-körperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	darin enthaltene Gewährleis-tungen aus Gründen der Export-förderung
		geschul-det von	gewähr-leistet von	geschul-det von	gewähr-leistet von	geschul-det von	gewähr-leistet von	geschul-det von	gewähr-leistet von		
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2023	0,00	0,00	108,29	130,37	2.089,00	207,04	311,99	6,00	2.852,68	0,00
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2022	0,00	0,00	153,51	118,60	1.865,12	165,69	178,25	6,38	2.487,56	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2023	88,51	0,00	0,00	0,00	1.429,45	19,08	188,04	0,00	1.725,08	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2022	92,08	0,00	0,00	0,00	1.299,67	28,28	192,05	0,00	1.612,08	0,00
Summe	31.12.2023	88,51	0,00	108,29	130,37	3.518,45	226,12	500,03	6,00	4.577,76	0,00
Summe	31.12.2022	92,08	0,00	153,51	118,60	3.164,79	193,97	370,30	6,38	4.099,64	0,00

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag dieser Forde- rungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Verteilung der Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (nominal)	2023		2022	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Gesamte Deckungsmasse	4.577,76	137,73 %	4.099,64	132,05 %
davon Ordentliche Deckung nach § 20 (1) PfandBG	4.577,76	137,73 %	4.099,64	132,05 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 4 (1) PfandBG	93,40	2,81 %	108,40	3,49 %
davon Weitere Deckung nach § 20 (2) PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 20 (2) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %

Weitere Deckungswerte Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i.S.d. §19 (1) Satz 1 Nr. 2a) und b) PfandBG				Forderungen i.S.d. §19 (1) Satz 1 Nr. 3a) bis c) PfandBG				Forderungen i.S.d. §19 (1) Nr. 4 PfandBG		Summe	
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2023	2022	2023	2022
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Bundesrepublik Deutschland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,50	40,50	50,50	40,50
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,50	40,50	50,50	40,50

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i.S.d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 2 PfandBG				Forderungen i.S.d. §20 (2) Satz 1 Nr. 3a) bis c) PfandBG				Forderungen i.S.d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 4 PfandBG				Summe	
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2023	2022
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

Hypothekenpfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2023	2022
§19 (1) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00
§19 (1) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00
§19 (1) Nr. 4 PfandBG	0,00	0,00

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	2023	2022
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	86,65 %	80,67 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	91,06 %	98,42 %

§ 28 (1) Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwahrung	Zinsstress-Barwert der Deckungs- massen		Zinsstress-Barwert des Pfandbrief- umlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwahrung		Nettobarwert in EUR	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Weitere Kennzahlen	2023	2022	
§28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen n. § 12 (1), die die Grenzen nach § 13 (1) Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	Mio. EUR	0,00	0,00
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 (1), die die Grenzen nach § 19 (1) Satz 7 überschreiten	Mio. EUR	0,00	0,00
§ 28 (2) Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	Jahre	4,98	5,06
§28 (2) Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	53,57 %	52,15 %
Ordentliche Deckung (nominal)	Mio. EUR	1.036,80 %	1.029,07
Anteil am Gesamtumlauf	%	154,45 %	163,01 %

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2023	2022
§20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	2023	2022
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	76,80 %	75,87 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	98,50 %	98,39 %

§ 28 (1) Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypothesen	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2023	2022	2023	2022
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	-

(20) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2023 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	25	100,00	14	2022
2.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	300	100,00	45	2022
3.	S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG, Saarbrücken	1.590	35,80	-399	2022
4.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	24.417	38,00	519	2022
5.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.903	33,33	39	2022
6.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.602	30,43	-1.007	2022
7.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	14.768	28,57	1.128	2022
8.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	12.059	21,33	733	2022
9.	Deutsche Crowdinvest GmbH, Saarbrücken	116	20,00	-16	2022
10.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	68.493	19,34	1.474	2022
11.	Artelis S.A., Luxemburg	38.049	10,00	2.897	2022

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1 und 2 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftende Gesellschafterin:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(21) VERWALTUNGSORGANE DER SAAR LB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Vorsitzender des Vorstands
FC Bayern München AG
Vorsitzender

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin
Sparkassenverband Saar
Stellvertretende Vorsitzende

Jürgen Barke

Minister
Ministerium für Wirtschaft, Innovation
Digitales und Energie, Saarland

Sarah Bennoit

Bankangestellte
Landesbank Saar

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz

Stefan Götz

Bankangestellter
Landesbank Saar

Frank Humburg

Bankangestellter
Landesbank Saar

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin
Landkreis Merzig-Wadern

Thomas Schuh

Bankangestellter
Landesbank Saar

Prof. Dr. Wolfgang Wegener

Co-Chief Executive Officer
Becker Mining Systems AG

Jakob von Weizsäcker

Minister
Minister der Finanzen und
für Wissenschaft, Saarland

Stephan Wilcke

unabhängiger Berufsaufsichtsrat

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Viviane Kerger

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland

Vorstand

Dr. Thomas Bretzger
Vorsitzender des Vorstands

Gunar Feth
Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands

Frank Eloy
Mitglied des Vorstands

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstands
(bis 31.01.2023)

(22) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2023:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahen Familienangehörigen.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes, vgl. (20).

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2023	31.12.2022
Forderungen	-	1
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	-	1
Personen in Schlüsselpositionen	-	-
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	-	-
Verbindlichkeiten	237	338
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	1	46
Personen in Schlüsselpositionen	95	139
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	141	153

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 215 (31.12.2022 TEUR 240) erhalten, Forderungen bestanden wie im Vorjahr keine.

(23) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITERN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

mediserv Bank GmbH, Saarbrücken

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 08. März 2024

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger Gunar Feth Frank Eloy

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centre d’Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz ¹	530.902	294.572	5.253	4.555
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	430,8	430,3	14,4	14,1
Gewinn vor Steuern ¹	56.359	46.627	493	435
Steuern auf Gewinn ¹	24.664	14.849	129	113
erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

¹ in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG

Die Kapitalrendite in der Definition nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beträgt 0,18 % (31.12.2022: 0,18 %).

ESEF-UNTERLAGEN DER SAARLB ZUM 31. DEZEMBER 2023

Die für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts („ESEF-Unterlagen“) mit dem Dateinamen „2024-03-08 JA.xhtml“ (SHA256-Hashwert: afc2f9f1e53f16f99a1adb79b6664351834a5e40cb26a197f26c94ba402abd8a); „2024-03-08 JALABE.xhtml“ (SHA256-Hashwert: 1051bd15b0fe3398d78336c6e24cd4b43f87efd2c8e3dd40ff47212d-16f3ab13) stehen im geschützten Mandanten Portal für den Emittenten zum Download bereit.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Landesbank Saar, Saarbrücken

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Saar, Saarbrücken – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Eigenkapitalspiegel und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Saar für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der SaarLB zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks

weitergehend beschrieben. Wir sind von der SaarLB unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

■ Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für Einzelwertberichtigungen verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (4) des Anhangs der SaarLB. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovor-sorge in Höhe von EUR 14.018 Mio aus. Das entspricht ca. 76,9 % der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr 2023 hat die Bank den Einzelwertberichtigungen für Adressenausfallrisiken einen Betrag in Höhe von insgesamt EUR 30,3 Mio neu zugeführt.

Die Ermittlung der Wertberichtigungen für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen an Kunden ist ermessensbehäftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme aus Zins- und Tilgungsleistungen des Kreditnehmers sowie aus der Verwertung von gestellten Kreditsicherheiten. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zählen insbesondere die Engagementstrategie (Fortführungs- oder Verwertungs-szenarien), sowie, in Abhängigkeit von den Verhältnissen des Einzelfalls, die Entwicklung der für die jeweiligen Kreditkunden relevanten Beschaffungs- und Absatzmärkte oder ggf. die Erfolgsaussichten von Reorganisations- oder Sanierungskonzepten der Kunden bzw. im Verwertungs-szenario die voraussichtlich erzielbaren Zuflüsse aus der Sicherheitenverwertung.

Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass angemessene Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Bonitätsbeeinträchtigung festgelegt werden und eine Identifizierung solcher Engagements prozessual sichergestellt ist. Darüber hinaus war es für unsere Prüfung von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Engagementstrategie und der Höhe der erwarteten

Zahlungsströme getroffen werden. Fehlerhafte Annahmen hierüber können dazu führen, dass den akuten Adressenausfallrisiken nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wird und die Forderungen somit unzutreffend bewertet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft. Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Festlegung von Engagementstrategien und die Bestimmung der weiteren wertbestimmenden Annahmen haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren.

Anschließend haben wir uns von der Ausgestaltung und anhand von Stichproben von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements haben wir untersucht, ob bei den ausgewählten Engagements Kriterien vorliegen, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten überprüft. Dabei haben wir, soweit dies auf den Sachverhalt zutraf und zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Bedeutung war, die von der Landesbank Saar herangezogenen Wertgutachten externer Gutachter genutzt und anhand öffentlich verfügbarer Informationen beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob erforderliche Einzelwertberichtigungen rechnerisch richtig ermittelt wurden.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

■ Angemessenheit der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für die Pauschalwertberichtigung verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (4) des Anhangs der SaarLB. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 14.018,1 Mio, Eventualverbindlichkeiten in Höhe von EUR 426,8 Mio sowie unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von EUR 1.432,8 Mio aus. Diese Bestände bilden die Basis zur Bildung der Pauschalwertberichtigung unter Beachtung der „IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung. Risikovorsorge von Pauschalwertberichtigungen für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“)“ (IDW RS BFA 7). Die Pauschalwertberichtigung für latente Ausfallrisiken (PWB) im Kreditgeschäft beträgt zum Stichtag EUR 22,9 Mio.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung zur Abdeckung des latenten Ausfallrisikos von Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie von Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen erfolgt bei der Bank gemäß IDW RS BFA 7 nach einem parameterbasierten Ansatz auf Basis eines Expected-Loss-Modells. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zur Bemessung dieser Ausfallrisiken zählen insbesondere die kreditnehmerspezifische Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Eintritt des Ausfallereignisses sowie Annahmen über die erwartete Abrufquote bei Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, die in hohem Maße ermessensbehaftet sind.

Da die Schätzungen bzw. Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Pauschalwertberichtigung haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet werden und ordnungsgemäß in dem Expected-Loss-Modell verarbeitet werden, sodass den latenten Adressenausfallrisiken entsprechend der handelsrechtlichen Grundsätze einer vorsichtigen Bewertung Rechnung getragen wird.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung auf die Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der latenten Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Modellierung und Kalibrierung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter haben wir

Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir die Angemessenheit, die ordnungsgemäße Implementierung und anhand von Stichproben die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungshandlungen umfassten unter anderem Kontrollen hinsichtlich der Herleitung, Validierung und Genehmigung der verwendeten Parameter sowie der ordnungsgemäßen Anwendung der eingerichteten Ratingverfahren, um eine unter kaufmännischen Gesichtspunkten sachgerechte Schätzung der kreditnehmerindividuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten zu ermöglichen. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Angemessenheit des IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der allgemeinen IT-Kontrollen unter Einbindung unserer KPMG IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Darauf aufbauend haben wir in einem zweiten Schritt aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen, die u. a. das Nachvollziehen der Validierungsergebnisse der eingesetzten Risikoklassifizierungsmodelle, die stichprobenartige Überprüfung der Datenqualität der zur PWB-Berechnung verwendeten Parameter sowie die Nachberechnung der modellhaft ermittelten PWB beinhalteten.

Abschließend haben wir die zutreffende Erfassung der Pauschalwertberichtigung im Rechnungslegungssystem und im Abschluss der Bank geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Bewertung der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7 zugrunde liegenden wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter wurden sachgerecht hergeleitet und ordnungsgemäß in dem PWB-Berechnungsmodell im Einklang mit anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen einer vorsichtigen Bewertung verarbeitet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanziellen Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellten Geschäftsbericht.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der SaarLB zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der SaarLB zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie

einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der SaarLB abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der SaarLB zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die SaarLB ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „2024-03-08 JA.html“ (SHA256-Hashwert: afc2f9f1e53f16f99a1adb79b6664351834a5e40cb26a197f26c94ba402abd8a); „2024-03-08 JALABE.html“ (SHA256-Hashwert: 1051bd15b0fe3398d78336c6e24cd4b43f87efd2c8e 3dd40ff-47212d16f3ab13) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses

und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (10/2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist nachstehend weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Die gesetzlichen Vertreter der SaarLB sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der SaarLB verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.

- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 4. Oktober 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. Oktober 2023 vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2019 als Jahresabschlussprüfer der Landesbank Saar, Saarbrücken, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das XHTML-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die im Bundesanzeiger bekanntzumachenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Klaus-Ulrich Pfeiffer.

Saarbrücken, den 13. März 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pfeiffer	Ketzler
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von EUR 28.821.702,37 wird in Höhe von EUR 19.471.702,37 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.350.000,00 als Dividende ausgeschüttet.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2023 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Themenschwerpunkt war weiterhin die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die Gesamtwirtschaft sowie insbesondere die Bank. Darüber hinaus hat sich der Verwaltungsrat auch mit den Auswirkungen des Zinsanstieges auf die Bank sowie mit strategischen Themen und Zukunftsthemen befasst. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie auch viele Mitglieder in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Die gemäß Ziffer 72 des Public Corporate Governance Kodex des Saarlandes erforderliche Darstellung der Sitzungsteilnahme an den Verwaltungsratssitzungen und seinen Ausschüssen ist als Anlage beigefügt. In allen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Die vierteljährlichen MaRisk-Risikoberichte wurden nach Erörterung durch den Risikoausschuss dem Verwaltungsrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert. An allen Sitzungen des Verwaltungsrates hat regelmäßig auch die Sparkassenaufsicht teilgenommen. Weitere Themenschwerpunkte waren die kontinuierliche Berichterstattung über die neu gestartete Initiative perspective2025, eine Aktualisierung der Satzung sowie die damit verbundenen Anpassungen der Geschäftsordnungen von Ausschüssen des Verwaltungsrates.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Im Rahmen eines elektronischen Umlaufverfahrens erfolgte mit Beschluss vom 03.02.2023 eine Anpassung der Geschäftsanweisung für den Vorstand aufgrund des Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes zum 31.01.2023.

In der Sitzung am 14.04.2023 berichteten der Vorstand und die Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2022. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest. Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung sowie den zugehörigen Prüfungsbericht der Internen Revision nahm der Verwaltungsrat zur Kenntnis. Des Weiteren nahm der Verwaltungsrat von den im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes stehenden Umverteilungen im Geschäftsverteilungsplan sowie von einem OpRisk-Schadensfall Kenntnis.

In der Sitzung am 29.06.2023 befasste sich der Verwaltungsrat mit den MaRisk-Risikoberichten der Bank und der LBS zum 31.03.2024. Des Weiteren nahm der Verwaltungsrat Kenntnis von der Kapitalentwicklung im bisherigen Jahresverlauf. Weitere Themen waren Berichte zum

Benchmarking, zur Initiative perspective2025 sowie zu den aktuellen DSGVO-Beschlüssen im Rahmen des IPS Deep Dive.

In der September-Sitzung am 13.09.2023 befasste sich der Verwaltungsrat unter anderem mit dem Halbjahresabschluss der Bank. Darüber hinaus nahm der Verwaltungsrat Kenntnis vom aktuellen Stand der Initiative perspective2025 sowie über den Sachstand zum IPS Deep Dive; der Verwaltungsrat empfahl der Hauptversammlung, den Gremienvorbehalt der hierzu Ende Juni getroffenen DSGVO-Beschlüsse aufzuheben.

Schwerpunktt Themen der November-Sitzung am 23.11.2023 waren die Erörterung und Kenntnisnahme der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie für das Jahr 2024 sowie die Verabschiedung der Planung für das Jahr 2024. Darüber hinaus erörterte der Verwaltungsrat die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung des Verwaltungsrates sowie den Bericht zu den Sonderprüfungen.

Der Risikoausschuss traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen. Er befasst sich mit allen wesentlichen Fragen in Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoanalyse des Kreditportfolios befasste sich der Risikoausschuss mit den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges sowie weiteren diversen Schwerpunktt Themen, unter anderem der Analyse der Zinsabläufe Immobilien, dem Bereich Automotive, der Baubranche, den Kommunalnahen Unternehmen sowie den gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse besprochen. Der Risikoausschuss beschloss die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite und überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte in den Sitzungen insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß WpHG, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten und den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement. Darüber hinaus beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in seinen Sitzungen mit einem OpRisk-Schadensfall sowie Berichten zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem, zu Nichtprüfungsleistungen sowie zu einer BaFin-Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG zum IRB-Ansatz Ratingsystem Länder- und Transferrisiko. Des Weiteren nahm der Prüfungsausschuss Anfang November im Rahmen eines elektronischen Umlaufverfahrens Kenntnis vom Prüfungsbericht des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach § 89 Abs. 1 WpHG und stimmte dem Vorschlag zur Berichterstattung über die Abarbeitung der Feststellungen aus dieser Prüfung zu.

Themenschwerpunkte des Vergütungskontrollausschusses sowohl in der April- als auch in der Novembersitzung waren Aktualisierungen der Risikoträgeranalyse sowie weitere Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Vergütungssystem für Mitarbeiter und Risikoträger.

Die Weiterbildung der Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2023 erfolgte im Juni durch einen bankinternen Referenten zum Thema „Status Quo der Cybersicherheit“ und im Dezember durch Referenten der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu den Themen „Prioritäten der Bankenaufsicht 2024“, „Herausforderungen des EU-Bankenpaketes (CRR III, CRD VI) – Eigenmittelausstattung und Unternehmensführung“ sowie „ESG-Reporting (CSRD)“.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 22. März 2024 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2023 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2023 wurden durch den Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 am 22. März 2024 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen in diesem erneut durch Krisen und Inflation belasteten Geschäftsjahr. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, 22. März 2024

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Anlage zum Bericht des Verwaltungsrates vom 22. März 2024

Gremiensitzungen 2023 – Sitzungsteilnahme

	Name	VR 14.04.	VR 29.06.	VR 13.09.	VR 23.11.	PrüfA 14.04.	PrüfA 13.09.	VergkA 14.04.	VergkA 23.11.	RA 14.04.	RA 29.06.	RA 13.09.	RA 23.11.
Mitglieder Verwaltungsrat und Ausschüsse	Barke, Jürgen	X	---	X	X			X	X	X	---	X	X
	Bennoit, Sarah	X	X	X	X			X	X				
	Crohn, Stefan	X	X	X	---					Gast			
	Dreesen, Jan-Christian	X	X	---	X	X	X	X	X	X	X	---	X
	Götz, Stefan	X	X	X	X			X	X				
	Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
	Humburg, Frank	X	X	X	X					X	X	X	X
	Schlegel-Friedrich, Daniela	X	---	X	X					X	---	X	X
	Schuh, Thomas	X	X	X	X	X	X						
	Wegner, Prof. Dr. Wolfgang	X	---	X	X								
	von Weizsäcker, Jakob	X	X	X	---			X	---	X	X	X	---
Wilcke, Stephan	X	X	---	X	X	---	Gast	Gast	X	X	---	X	

Teilnahme: X

keine Teilnahme, entschuldigt: ---

nicht Mitglied des Gremiums:



Der SaarLB-Finanzbericht 2023 online
www.saarlb.de/geschaeftsbericht2023

Impressum

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Personal und Kommunikation E-Mail: service@saarlb.de
Gestaltung	FBO GmbH ▪ Marketing und Digitales Business Heinrich-Barth-Straße 27 66115 Saarbrücken
Fotos	Adobe Stock (Titelmotiv), iStock cnythzl
Druck	repa druck GmbH Zum Gerlen 6 66131 Saarbrücken

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



saar^{LB}

**DIE DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
BANK**

Landesbank Saar, Saarbrücken

ADRESSE Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE 66104 Saarbrücken
FON +49 681 383-01
INTERNET www.saarlb.de
E-MAIL service@saarlb.de
BIC/SWIFT SALADE55
BANKLEITZAHL 590 500 00

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Koblenz

ADRESSE Peter-Klöckner-Straße 5
56073 Koblenz
FON +49 261 9521-8461
E-MAIL service@saarlb.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Mannheim

ADRESSE Willy-Brandt-Platz 5 - 7
68161 Mannheim
FON +49 621 124769-10
E-MAIL service@saarlb.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Trier

ADRESSE Nikolaus-Koch-Platz 4
54290 Trier
FON +49 651 9946-6138
E-MAIL service@saarlb.de

**LA BANQUE
FRANCO-
ALLEMANDE**
saar^{LB}

La Banque Franco-Allemande, Succursale de la Landesbank Saar – Strasbourg

ADRESSE Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich
FON +33 3 88 37 58 70
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

La Banque Franco-Allemande, Centre d'affaires – Paris

ADRESSE 203, rue du Faubourg Saint-Honoré
75008 Paris
Frankreich
FON +33 1 45 63 63 52
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

La Banque-Franco-Allemande, Centre d'affaires – Lyon

ADRESSE 2, rue Grolée
69002 Lyon
Frankreich
FON +33 3 88 37 58 70
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

LBS Landesbausparkasse Saar

ADRESSE Beethovenstraße 35 - 39
66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken
FON +49 681 383-290
INTERNET www.lbs-saar.de
E-MAIL service@lbs-saar.de

